

WELCHE LEHREN WIR AUS DER FINANZKRISE ZIEHEN KÖNNEN

Eine neue Wirtschaftsordnung?

GÜNTER BAASKE: Ein Pakt für Brandenburg

RAINER SPEER: Brandenburg und die Finanzkrise

GUSTAV HORN: Schnell und nachhaltig

HENRIK ENDERLEIN: Ein neues Verhältnis zwischen Staat und Markt

OLAF CRAMME: Welche Zukunft wollen wir?

HARALD CHRIST: Warnungen, Wechselbäder und Widersprüche

GEREON SCHUCH: Die Krise ist schon lange hier

EDGAR MOST: Gibt es einen dritten Weg?

Eine persönliche Bestandsaufnahme



224 Seiten,
gebunden

20 Jahre nach
der friedlichen
Revolution von
1989:

Wie viel Einheit
haben wir erreicht?
Welchen Aufbruch
braucht Deutsch-
land jetzt?

| Hoffmann und Campe | *Das will ich lesen*

Eine neue Wirtschaftsordnung?

Die Landtagswahl wirft ihre Schatten voraus. „Viel geschafft, noch viel zu tun“ ist der Grundtenor des Wahlprogramms der Brandenburger SPD für die kommenden fünf Jahre. Die Schwerpunkte des Programms erläutert Günter Baaske in diesem Heft.

Lehman Brothers oder Hypo Real Estate waren Banken, die vor einem Jahr nur Insider kannten. Heute sind sie Synonyme für die weltweite Finanzkrise, die im Sommer vergangenen Jahres begann – und sich zu einer globalen Wirtschaftskrise auswuchs. Deutschland ist besonders stark von ihr betroffen – um bisher nicht vorstellbare 6 Prozent wird die Wirtschaft 2009 schrumpfen. Von den ehemals fünf großen Investmentbanken der Wall Street ist heute keine einzige mehr vorhanden. Das allein macht deutlich, dass diese Finanz- und Wirtschaftskrise kein Betriebsunfall ist und es auch in Deutschland nicht einfach so weiter gehen kann wie bisher. Wir haben deshalb verschiedene Autoren aus Wissenschaft, Politik und Finanzwesen gebeten, die Gründe der Krise zu analysieren und Konsequenzen zu diskutieren. Heraus gekommen sind unterschiedliche Sichtweisen. Eins ist allen Beiträgen gemeinsam: Eine effiziente Regulierung der Finanzmärkte ist unabdingbar. Zur Frage, welche Aufgaben der Staat wahrnehmen kann oder sollte, gibt es spannende Argumente. Klar ist: Dies kann nur der Zwischenstand einer Debatte sein. Die Frage, wie wir unsere Wirtschaft, unsere Demokratie und Gesellschaft gestalten wollen, welche Rolle der Mensch, welche Rolle der Staat und welche Rolle Unternehmen spielen, wird uns noch lange beschäftigen.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

IHR KLAUS NESS

Eine neue Wirtschaftsordnung?

WELCHE LEHREN WIR AUS DER FINANZKRISE ZIEHEN KÖNNEN

MAGAZIN

- GÜNTER BAASKE:** Ein Pakt für Brandenburg 7
Wie unser Land im neuen Jahrzehnt aussehen soll

THEMA

- RAINER SPEER:** Brandenburg und die Finanzkrise 13
Warum Konsolidierungskurs und Konjunkturpolitik kein Widerspruch sind
- GUSTAV HORN:** Schnell und nachhaltig 25
Woher die Krise kam und was jetzt getan werden muss
- HENRIK ENDERLEIN:** Ein neues Verhältnis zwischen Staat und Markt 35
Die Wirtschaftspolitik muss in gesellschaftliche Geschlossenheit investieren
- OLAF CRAMME:** Welche Zukunft wollen wir? 41
Die entscheidenden Fragen einer neuen Wirtschaftspolitik
sind noch nicht beantwortet
- HARALD CHRIST:** Warnungen, Wechselbäder und Widersprüche 47
Was in der schwersten Krise der Nachkriegszeit zu tun ist
- GEREON SCHUCH:** Die Krise ist schon lange hier 57
Nicht die Finanz- sondern eine politische Vertrauenskrise
ist schuld an Ungarns Problemen
- EDGAR MOST:** Gibt es einen dritten Weg? 65
Nur mit Reformen lässt sich die Finanz- und Systemkrise überwinden

Ein Pakt für Brandenburg

WIE UNSER LAND IM NEUEN JAHRZEHNT AUSSEHEN SOLL

VON **GÜNTER BAASKE**

Es gibt wenige Erinnerungen, die einem auch nach 20 Jahren noch einen Schauer über den Rücken gehen lassen. Die Bilder vom Mauerfall am 9. November, von den Trabis auf der Bornholmer Brücke, von tanzenden Menschen vor der Gedächtniskirche und den vielen Freudentränen, die in jener Nacht flossen, gehören zweifellos dazu. Das alles ist nun schon 20 Jahre her. 20 Jahre – voll mit Anstrengungen, Glück und sicher auch mancher Enttäuschung. Insgesamt können wir heute in Brandenburg eine positive Bilanz ziehen. Die Arbeitslosigkeit im Frühjahr 2009 ist auf den niedrigsten Stand seit der Wende gesunken, viele wettbewerbsfähige Unternehmen haben sich am Markt etabliert, die Infrastruktur ist nahezu durchweg modernisiert. Die Art, wie wir heute leben und arbeiten, hat sich komplett verändert. Diese großen Anpassungs- und Aufbauleistungen der Brandenburgerinnen und Brandenburger in den vergangenen zwei Jahrzehnten können Anlass für Stolz und Selbstbewusstsein sein.

Landtagswahl in schwieriger Zeit

Gleichwohl ist das Jahr 2009 kein Jahr des Feierns und Gedenkens. Die Nachrichten, die uns fast täglich von den Wirtschaftsseiten der Zeitungen erreichen, sind beunruhigend. Großbanken entdecken große Löcher in ihren Bilanzen, der Welt-handel geht zurück, Unternehmen melden Kurzarbeit an, Steuereinnahmen sinken. Aus der Banken- ist eine Finanz- und Wirtschaftskrise geworden – und zwar innerhalb weniger Monate und in fast allen Ländern der Welt. In der Krise steckt ein unstillbarer „Raubtierkapitalismus“ (Helmut Schmidt) und es besteht die Gefahr, dass er die gute Idee der sozialen Marktwirtschaft in Mitleidenschaft zieht.

In dieser Situation wählt Brandenburg am 27. September einen neuen Landtag und eine neue Landesregierung. Wir Sozialdemokraten wollen mit Matthias Platzeck erneut den Ministerpräsidenten stellen. Wir Sozialdemokraten wollen auch in den nächsten fünf Jahren Verantwortung für unsere Heimat übernehmen, die soziale Marktwirtschaft erneuern und einen immer stärker vorsorgend agierenden Sozialstaat aufbauen. Dabei geht es um vier zentrale Punkte.

ERSTENS: ARBEITSPLÄTZE SICHERN. Brandenburg ist nicht das gallische Dorf, um das die Wirtschaftskrise einen Bogen machen würde. Zwar ist die Arbeitslosigkeit stark gesunken und auch der Anteil der Kurzarbeiter in unserem Land vergleichsweise gering. Das deutet darauf hin, dass Brandenburg heute auf sichereren Füßen steht als noch vor ein paar Jahren. Die Unternehmen im Land sind stärker geworden – und das zahlt sich jetzt aus. In der ablaufenden Wahlperiode haben wir die Wirtschaftsförderung umgestellt, so dass Fördermittel jetzt konzentriert werden und besser wirken können. Diesen Weg werden wir fortsetzen, denn er ist erfolgsversprechend.

2008 gab es zum ersten Mal mehr Plätze für Auszubildende als Bewerber. Ein Trend, der in den kommenden Jahren anhalten wird, da die Zahl der jungen Menschen aufgrund des Geburtenrückgangs der neunziger Jahre sinkt. Die Zahl der Angestellten, die in Rente gehen, wird steigen. Durch diese beiden Entwicklungen wird der Fachkräftebedarf die größte Zukunftsherausforderung unserer Unternehmen. Wirtschaftspolitik ist deshalb vor allem auch eine vorsorgende Arbeitspolitik. Deshalb setzen wir auf eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Unternehmern, Lehrern und Schülern. Praxislernen soll in der Schule Pflicht werden, damit jede und jeder genau weiß, was es für interessante Berufsfelder in der Umgebung gibt. Denn heute können wir versprechen, dass jede Schülerin und jeder Schüler mit guten Abschlüssen in Brandenburg beste Chancen auf einen Ausbildungs- und später auf einen Arbeitsplatz hat.

Gute Arbeit steht im Mittelpunkt

Dabei geht es nicht um „irgendeinen“ Job, sondern um „gute Arbeit“. „Gute Arbeit“ soll das Qualitätsmerkmal Brandenburger Wirtschaft werden. Das heißt: gute Arbeitsbedingungen, systematische Fort- und Weiterbildung, aber auch ordentliche Bezahlung – all dies gehört zu einer vorsorgenden Arbeitspolitik. Daneben werden wir Sozialdemokraten auch ein Brandenburger Mindestlohngesetz auf den Weg bringen. Es soll regeln, dass öffentliche Aufträge nur an solche Unternehmen vergeben werden, die sich an Tarifverträge halten, mindestens aber einen Mindestlohn zahlen.

In der Krise gehört es zur Ehrlichkeit zu sagen, was geht – aber auch, was nicht geht. Selbstverständlich ist, dass wir alles tun, was wir können, um Unternehmen in schwierigen Zeiten zu helfen. Wir werden um jeden Arbeitsplatz kämpfen. Die beiden Konjunkturprogramme von Bund und Ländern sorgen für zusätzliche Aufträge. Fast eine halbe Milliarde Euro werden in den nächsten

beiden Jahren in den Ausbau von Brandenburger Schulen, Kitas, Hochschulen, Krankenhäusern und Straßen gesteckt. Das schafft Arbeitsplätze vor Ort. Brandenburg allein ist jedoch zu klein, um jedem einzelnen Betrieb unter die Arme greifen zu können. Der Staat kann nicht der Schiedsrichter für die Unternehmen sein, er kann aber Coach und Berater sein, der Instrumente bereit stellt, mit denen Betriebe aus schwierigen Situationen finden können. Deshalb werden zum Beispiel Lotsendienste verstärkt und Kreditprogramme ausgebaut.

Mehr Gerechtigkeit in der Bildung

Um zwei Projekte werden wir uns in den kommenden Jahren besonders kümmern, denn sie sind für die Zukunft unseres Landes von entscheidender Bedeutung. Das erste ist der neue Flughafen BBI im Süden Berlins. Er wird 2011 eröffnet und zum Tor Brandenburgs nach Europa und in die Welt. Der Flughafen und sein gesamtes Umfeld können zu einer echten Job-Maschine werden – und zwar nicht nur im Bereich der Luftfahrt, sondern auch bei Logistik, Dienstleistungen und anderen Branchen. 40.000 Arbeitsplätze werden hier entstehen, von denen am Ende das ganze Land profitiert. Das zweite Projekt vereint Brandenburgs Traditionen mit der Zukunft. Unser Land ist nicht nur im sprichwörtlichen Sinne ein Land voller Energie. Seit dem 19. Jahrhundert wird in der Lausitz Kohle abgebaut. Energie in ihren unterschiedlichen Ausprägungen wird eine der prägenden Wirtschaftszweige des 21. Jahrhunderts werden – und Brandenburg kann dabei ganz vorne mit dabei sein. Brandenburg ist schon heute Spitze bei den erneuerbaren Energien wie Wind und Sonne. In der Lausitz steht das erste Kohlekraftwerk, bei dem das klimaschädliche CO₂ abgespalten und gespeichert wird. Mit dem ersten sogenannten Hybridkraftwerk gelingt es in der Uckermark, Windenergie zu speichern. Ein Drittel aller in Deutschland hergestellten Solarzellen kommen aus unserem Bundesland. Das alles sind moderne und zukunftsfähige Technologien „Made in Brandenburg“. Bereits heute hängen viele tausende Jobs an der Erforschung, Entwicklung und Produktion von Energie. Brandenburg hat deshalb die besten Voraussetzungen, auch in Zukunft ein Land voller Energie zu sein.

ZWEITENS: BILDUNG VERBESSERN. In der Krise dürfen wir das Wesentliche nicht aus den Augen verlieren. Dies ist und bleibt die Bildung. Denn gute Lebenschancen für alle lassen sich nur mit bester Bildung von Anfang an realisieren. Dazu brauchen wir gute Kitas, gute Schulen, gute Berufs- und Hochschulen, motivierte Lehrkräfte, Kinder und Jugendliche sowie engagierte Eltern.

Wir wollen in den kommenden fünf Jahren zusätzliche 250 Millionen Euro in das Bildungssystem investieren. Damit wollen wir die Qualität der Kitas weiter verbessern, indem unter anderem die Gruppengrößen bei den Kleinsten sinken. Wir wollen 1.250 neue Lehrerinnen und Lehrer einstellen, Unterrichtsausfall reduzieren und die Lehrerbildung verstärken. Besonders wichtig ist mir, dass wir die Durchlässigkeit unseres Schulsystems verbessern. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Deshalb wollen wir ein Schüler-Bafög einführen, damit es Kindern aus einkommensschwachen Haushalten einfacher haben, Abitur zu machen und zu studieren. Vor allem aber garantieren wir, dass es mit der SPD keine Studiengebühren in Brandenburg geben wird. All dies wird zu mehr Gerechtigkeit in der Bildung beitragen – und damit letztendlich auch zu besseren Leistungen und mehr Chancen für alle. Damit stellen wir neue Leitern auf, die zu mehr sozialen Aufstieg führen sollen.

Warum wir auf Solidarität angewiesen sind

DRITTENS: FAMILIEN UNTERSTÜTZEN. Familien sind die Keimzelle unserer Gesellschaft. Wer den Zusammenhalt unseres Landes stärken will, muss deshalb auch Familien stärken. Dafür müssen viele zusammenarbeiten: Eltern, Großeltern, Hebammen, Ärzte, Kitas, Schulen, Kommunen, Verwaltungen, Unternehmen – und natürlich auch Nachbarn. Für unsere Kinder brauchen wir eine Kultur des Hinschauens – deshalb sollen die erfolgreichen „Netzwerke Gesunde Kinder“ im *ganzen* Land entstehen. „Lokale Bündnisse für Familie“ können für ein familienfreundliches Klima in der Kommune sorgen, können dazu beitragen, dass der Nahverkehr besser organisiert oder Öffnungszeiten für Kitas verlängert werden. Unser Ziel ist, dass Brandenburg eines der familien- und kinderfreundlichsten Länder in Deutschland wird. Viel haben wir dafür bereits erreicht. So ist unser Kinderbetreuungssystem eines der besten in Deutschland und erleichtert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Aber es soll weiter gehen: Wir wollen ein Kindergesundheits- und Kinderschutzgesetz auf den Weg bringen, wir wollen die Eltern-Kind-Zentren ausbauen. Der Lärm spielender Kinder soll kein Grund mehr sein, um Kitas oder Spielplätze schließen zu können.

Es geht aber nicht nur um Kinder, denn zur Familie gehören auch unsere Senioren. Wir werden alle älter – und das ist auch gut so. Ältere Menschen leben und lieben vielleicht anders, ausgegrenzt oder abgeschoben werden dürfen sie nicht. Politik für Senioren ist deshalb auch nicht Aufgabe *eines* Ministeriums, sondern muss Richtschnur für die ganze Regierung sein. Es geht darum, die

Erfahrungen älterer Menschen zu nutzen – sei es im Betrieb, in der Kommune oder in Schulen. Wir müssen Lebensräume so gestalten, dass ältere Menschen so lange wie möglich in ihrem vertrauten Umfeld wohnen können.

UND VIERTENS: SOLIDARITÄT STÄRKEN. In der Krise suchen Menschen nach Anker – das kann die Familie sein oder die individuelle Heimat. Auf etwas müssen alle jedoch vertrauen können: auf Solidarität und Miteinander. Gerade in schwierigen Zeiten ist es wichtig, sich nicht auseinander dividieren zu lassen. Deshalb legen wir Sozialdemokraten besonderen Wert auf den Zusammenhalt unseres Landes. Wir haben bereits für mehr Gerechtigkeit gesorgt, unter anderem mit dem Schulsozialfonds, dem Mobilitätsticket für Geringverdiener und Arbeitslose sowie dem Senienticket. Ganz wesentlich ist ein kommunaler Finanzausgleich, der garantiert, dass die Erfolge wirtschaftlicher Entwicklung überall im Land spürbar sind. Es muss das Grundprinzip gelten: Starke Schultern können mehr tragen als schwache. Wir wissen, dass wir unserem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Regionen nicht mit einheitlichen Konzepten näher kommen. Zu unterschiedlich sind die verschiedenen Regionen, zu verschiedenen sind die wirtschaftlichen Entwicklungen, zu mannigfaltig die demografischen Veränderungen. Deshalb brauchen wir vor Ort viele gute Ideen und die Tatkraft aller – auf manches Experiment sollten wir uns dabei einlassen, denn nicht alles kann zentral gesteuert werden.

Der neuen Generation soll es besser gehen

Aus diesen vier Punkten wollen wir einen „Zukunftspakt für Brandenburg“ schmieden. Mit einem solchen Pakt wollen wir mehr soziale Gerechtigkeit erreichen und die arbeitende Mitte unserer Gesellschaft absichern, wollen wir die soziale Marktwirtschaft erneuern und unsere Unternehmen für den gesellschaftlichen Wohlstand in Brandenburg in die Verantwortung nehmen.

Für einen solchen „Brandenburg-Pakt“ brauchen wir Partner. Dies sind zum einen all diejenigen, die morgens aufstehen, sich um ihre Familien kümmern, arbeiten und an die Regeln halten. Es sind die ehrenamtlich Engagierten, die im Sport, in der Kultur oder bei der Unterstützung von Familien so viel Wertvolles für den Zusammenhalt unseres Landes leisten. Es sind die Gewerkschaften, die wir brauchen, weil nur starke Gewerkschaften gute Löhne und vernünftige Weiterbildung garantieren können. Und es sind die Unternehmerinnen und Unternehmer, die ihre soziale Verantwortung gerade in schwierigen Zeiten kennen, die sich aktiv um die Qualifizierung ihrer Mitarbeiter kümmern, die sich vor Ort in

den Schulen engagieren und die mit „guter Arbeit“ für Fairness und Qualität von Arbeitsbedingungen stehen. Sie alle werden wir zusammenbringen, damit es in einem kraftvollen Brandenburg auch im neuen Jahrzehnt solidarisch und gerecht zugeht. Unser zentrales Ziel ist es, soziale Ungleichheit in Brandenburg einzudämmen. 2007 ist erstmals in Ostdeutschland das Armutsrisiko gesunken und die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter aufgegangen. Das ist ein Anfang. Wir wollen, dass sich dieser Trend fortsetzt. Wir wissen, dass ist ein ehrgeiziges Ziel, aber es lohnt sich, dafür zu kämpfen.

Am 27. September wählen zum ersten Mal junge Brandenburger ihren Landtag, die nach der Friedlichen Revolution von 1989 geboren wurden. Eine neue Generation tritt an, die Dinge in unserem Land mitzugestalten. Wir wollen, dass es diesen jungen Menschen und ihren Kindern besser geht als ihrer Elterngeneration. Dass sie sich auf eine erneuerte soziale Marktwirtschaft stützen können, die den Rahmen für gute Arbeits- und Lebensbedingungen schafft. Und dass sie auf einen vorsorgenden Sozialstaat bauen können, der Arbeitsplätze sichert, der für gute Bildung und Ausbildung sorgt, Familien unterstützt und sich um ihre Gesundheit kümmert. Hier bei uns in Brandenburg. ■

GÜNTER BAASKE

ist Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Brandenburg.
Im Auftrag des Landesvorstandes hat er das Wahlprogramm
der SPD für die Landtagswahl 2009 erarbeitet.

Brandenburg und die Finanzkrise

WARUM KONSOLIDIERUNGSKURS UND KONJUNKTURPOLITIK
KEIN WIDERSPRUCH SIND
VON **RAINER SPEER**

Innerhalb nur eines Jahres haben sich die gesamtwirtschaftlichen und finanzpolitischen Rahmenbedingungen grundlegend geändert. Ein so abrupter Umschwung ist bislang historisch ohne Beispiel – allenfalls die Weltwirtschaftskrise nach dem Bankenkrach von 1929 wird oftmals als tauglicher Vergleich herangezogen. Zwar hat die gegenwärtige Krise in den USA ihren Ursprung, was auf dramatische Weise durch den Kollaps der Investmentbank *Lehman Brothers* im vergangenen September versinnbildlicht wurde. Doch zeigte sich sehr schnell, dass alle Hoffnungen, die Auswirkungen der Krise ließen sich entweder regional oder branchenspezifisch – auf den Finanzsektor – begrenzen, auf einem Trugschluss beruhten. In den stark vernetzten Wirtschafts- und Finanzkreisläufen der globalisierten Wirtschaft breiteten sich die Folgen des Wall Street-Crashes wie Schockwellen aus.

Mittlerweile steht fest, dass sich die Auswirkungen der Finanzmarktkrise nur bedingt regional und sektoral ein-

grenzen lassen und dass sie auch in voller Breite die Realwirtschaft erreicht haben. Allenfalls das Ausmaß der Betroffenheit ist von Land zu Land unterschiedlich. Und sehr unterschiedlich sind ebenso die Möglichkeiten der einzelnen Staaten, auf die Krise zu reagieren. Zusätzliche Brisanz erhält die Entwicklung dadurch, dass sich in ihr finanzwirtschaftliche, konjunkturelle und strukturelle Krisenfaktoren vermengen und teilweise gegenseitig verstärken. So ist die Finanzkrise auch zum Katalysator für Krisenprozesse geworden, deren eigentliche Ursachen eher in einer verfehlten Geschäfts- und Modellpolitik und damit in falschen Unternehmensentscheidungen zu suchen sind. Dass benzinhungrige Auto-Dinosaurier nahezu unverkäuflich geworden sind, hat eben nicht ursächlich mit dem Zusammenbruch der Finanzmärkte zu tun, sondern deutete sich angesichts eines gewandelten Verbraucherverhaltens und steigender Ölpreise schon seit Jahren an. So

wird die Finanzkrise nun unvermeidlich eine Restrukturierung und Anpassung wichtiger Industriezweige mit sich bringen, die auch ohne diese Krise längst überfällig gewesen wäre.

Erklärungsnotstand beim DIW

So plötzlich und dramatisch – wenn auch, wie wir heute wissen, nicht ganz unerwartet – die Krise kam, so ungewiss ist der Ausblick auf die Zukunft. Ich neige dazu, alle Prognosen derzeit mit größter Skepsis zu betrachten. Immerhin hat sich selbst das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) entschieden, für 2010 überhaupt keine Konjunkturprognose mehr vorzulegen. Die Makroökonomie befinde sich in einem „Erklärungsnotstand“, sagte DIW-Präsident Klaus F. Zimmermann zur Begründung. Alle Vorhersagen liefen derzeit der tatsächlichen Entwicklung „drastisch hinterher“. Insofern sei eine Prognose „nicht sinnvoll“.

Ein Rückblick auf verschiedene Einschätzungen der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung zeigt, dass diese neue Zurückhaltung der Forscherzunft gute Gründe für sich reklamieren kann. Noch vor einem Jahr, also im Frühjahr 2008, kam das Gemeinschaftsgutachten der „Wirtschaftsweisen“ für die Bundesregierung zu positiven Vorhersagen. Danach sollte die deutsche Wirtschaft im

Jahr 2009 um 1,4 Prozent und im Jahr 2010 um 1,6 Prozent wachsen. Die Auswirkungen der sich in den USA bereits deutlich abzeichnenden Finanzmarktkrise hielten Experten damals allgemein für eher überschaubar und nicht wirklich gravierend. Dies änderte sich erst, als das alte Wall-Street-Regime im September 2008 im Gefolge der Lehman-Pleite fast vollständig kollabierte. Seitdem wurden die Prognosen beständig nach unten korrigiert. So kam die Bundesregierung in ihrem Jahreswirtschaftsbericht im Januar 2009 zu einer deutlich verschlechterten Wachstumsannahme für 2009 von minus 2,25 Prozent. Als jedoch die Deutsche Bank nur einen Monat später für 2009 einen erheblichen Abschwung von minus 5 Prozent prognostizierte, sah sie sich dem Vorwurf der drastischen Schwarzmalerei ausgesetzt. Doch auch darüber ist die Zeit mittlerweile hinweggegangen. Nur kurz danach kamen die ein Jahr zuvor zuversichtlichen Wirtschaftsweisen in ihrem jüngsten Gemeinschaftsgutachten zu dem Ergebnis, das Wirtschaftswachstum werde im aktuellen Jahr sogar minus 6 Prozent betragen.

Diese Zahl hat sich auch die Bundesregierung zu Eigen gemacht, sie liegt auch den Annahmen der Mai-Steuerschätzung 2009 zugrunde. Träfe diese Annahme zu, dann handelte es sich um den mit Abstand tiefsten wirt-

schaftlichen Einbruch in der Geschichte der Bundesrepublik. Jedoch sollte man auch diese Zahl eher als gegriffene Arbeitshypothese betrachten. Sie spiegelt wider, dass fast alle wirtschaftlichen Indikatoren seit dem letzten Herbst deutlich ins Negative gedreht haben. Ob die Wirtschaft jedoch in diesem Jahr wirklich um 6 Prozent oder nur um vier oder möglicherweise sogar noch stärker als angenommen schrumpft, kann derzeit niemand mit Gewissheit sagen. Noch nie war die Unsicherheit so groß wie heute. Daher betrachte ich auch die jüngsten Schätzungen lediglich als Momentaufnahme. Im Moment glaube ich gar keinen Prognosen mehr. Die Wirtschaftswissenschaftler tapen derzeit fast so blind durch die wirtschaftliche Umgebung wie der normale Bürger, der sich plötzlich besorgt fragt, was seine Geldanlage bei einer deutschen Bank eigentlich mit irgendwelchen Subprime-Krediten an Hausbesitzer in Indianapolis zu tun hat, von denen er zuvor noch nie etwas gehört hatte.

Kein „Ostvorteil“ in der Krise

Doch kommt es auf die Präzision wirtschaftlicher Prognosen derzeit auch gar nicht an. Es ist offensichtlich, dass die Krise auch in Deutschland sowohl die Finanz- als auch die Realwirtschaft in voller Breite erreicht hat. Politik und

Wirtschaft sehen sich einer ganz ungewöhnlichen Situation gegenüber, auf die mit ebenso ungewöhnlichen und noch vor einiger Zeit fast undenk바aren Mitteln reagiert wird. Im verarbeitenden Gewerbe betragen die Auftragseingänge in Deutschland seit dem letzten Herbst zwischen 20 und 40 Prozent des jeweiligen Vorjahresmonats. Der bisherige Tiefpunkt war um die Jahreswende erreicht, im laufenden Jahr verläuft der Rückgang der Auftragseingänge bisher gedämpft. Dem korrespondiert die Einschätzung der aktuellen Geschäftslage durch die Wirtschaft selbst, die im Ifo-Geschäftsklimaindex ermittelt wird. Auch hier wurde der Tiefstand im letzten Dezember erreicht, seit April steigen die Geschäftserwartungen wieder leicht. Es liegt auf der Hand, dass diese Entwicklung trotz aller arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wie zum Beispiel der deutlichen Verlängerung der Kurzarbeit nicht am Arbeitsmarkt vorbeigehen kann. Die Erwartung, dass die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt der Konjunktur mit einiger Verzögerung folgen werde, hat sich bestätigt. Im September 2008 betrug die deutsche Arbeitslosenquote 7,4 Prozent, im April 2009 bereits 8,6 Prozent. Die aktuell vorliegenden Prognosen geben keine Entwarnung.

Es wäre unrealistisch anzunehmen, dass Brandenburg sich von diesen Entwicklungen abkoppeln könnte. Dazu ist kein Land in der Lage. Brandenburg ist keine Insel. Zwar gab es eine

Debatte darüber, ob die ostdeutschen Länder besser in der Lage sein würden, die Folgen der Wirtschaftskrise abzufedern, weil ihre Exportabhängigkeit deutlich geringer ist als die der wirtschaftsstarken Länder in Westdeutschland. Doch erscheint es äußerst fraglich, ob dies wirklich ein Grund zur Beruhigung sein kann. Denn in der geringeren Exportabhängigkeit spiegelt sich auch eine fortdauernde Schwäche der ostdeutschen Wirtschaft wider. Ostdeutschland hat seine wirtschaftliche Basis in den letzten Jahren zwar stärken können, sie ist aber wegen ihrer mangelnden Breite und Stabilität nach wie vor verletzlicher und anfälliger gegen Kriseneinflüsse als die Wirtschaftsstrukturen im Westen. Zudem ist der Exportanteil der ostdeutschen Wirtschaft in den letzten Jahren ebenfalls deutlich gestiegen, in Brandenburg wird mittlerweile jeder vierte Euro im verarbeitenden Gewerbe im Exportgeschäft verdient. Die Integration in den Weltmarkt ist also im Osten deutlich gestiegen. Umgekehrt gilt auch: Wenn sich die Weltwirtschaft erholt, werden es zuerst die besonders stark exportorientierten Sektoren der Wirtschaft sein, die davon dann profitieren werden – diese befinden sich überwiegend im Westen. Durchaus möglich ist also, dass entsprechende wirtschaftliche Erholungstendenzen auch erst mit Verzögerung im Osten ankommen. In der gegenwärtigen Krise spricht aus meiner

Sicht jedenfalls nicht viel für einen spezifischen „Ostvorteil“, der von manchen gesehen wird.

Auf Sicht fahren

Deshalb ist es auch keine Überraschung, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Brandenburg im Wesentlichen den allgemeinen Trends folgt. Noch im letzten Herbst war die Umsatzentwicklung klar nach oben gerichtet. Im September stieg der Umsatz im verarbeitenden Gewerbe kräftig um 8,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Aber schon zum Jahresanfang 2009 waren die Spuren der Krise auch in Brandenburg deutlich zu erkennen: Im Februar war ein erheblicher Umsatzrückgang um 19,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr im verarbeitenden Gewerbe zu verzeichnen. Die Arbeitslosigkeit stieg von 12,1 Prozent im letzten September auf 13,2 Prozent im April 2009. Dabei muss in Rechnung gestellt werden, dass die Folgen der Krise noch nicht mit voller Wucht auf den Arbeitsmarkt durchschlagen, und insbesondere die staatlich geförderte Kurzarbeit zur Stabilisierung auf dem Arbeitsmarkt beiträgt. So besteht insgesamt kein Zweifel, dass die Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise die erfolgreiche Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Brandenburg in den letzten Jahren zumindest vorübergehend gestoppt und die wirtschaftli-

che Aufholjagd gegenüber dem Westen zum Erliegen gebracht haben.

Eine Wiederaufnahme der günstigen Entwicklung der letzten Jahre liegt daher auch nicht in der Hand des Landes Brandenburgs allein, sondern ist abhängig von einer grundlegenden Besserung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Die Konjunkturprognose der Bundesregierung geht im nächsten Jahr noch von einem Rückgang des Wirtschaftswachstums in Deutschland um 0,5 Prozent aus. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich die globale Wirtschaftskrise weiter verschärft – denn nach wie vor ist erst in Teilen klar, welcher „Giftmüll“ sich in den Katakomben des Weltfinanzsystems angesammelt hat. Weitere böse Überraschungen sind deshalb nicht ausgeschlossen und hinter der Immobilienmarktkrise und dem Subprime-Desaster in den USA lauert bereits die Kreditkarten-Blase. Statt also in jeder etwas günstigeren Umsatzentwicklung oder Geschäftserwartung bereits den rettenden Silberstreif am Horizont zu erkennen, scheint es mir angesichts der beispiellosen Tiefe und Wucht der gegenwärtigen Krise ratsam zu sein, finanzpolitisch „auf Sicht zu fahren“.

Weil die tatsächlichen Zusammenhänge schwer zu durchschauen sind, ist neuerdings wieder die ökonomische Laienweisheit zu Ehren gekommen, wonach „50 Prozent der Wirtschaft Psychologie“ sei. Nun spielen Stim-

mungen und Erwartungen zwar tatsächlich eine wichtige Rolle im Wirtschaftsleben – neben ihrer materiellen Wirkung sollen die beschlossenen Konjunkturpakete nicht zuletzt in diesem Bereich gezielte Anreize setzen. Aber den Leuten ernsthaft einreden zu wollen, die Ursachen und Folgen der Krise ließen sich allein mit guter Laune und Zweckoptimismus beseitigen und bewältigen, ist Unfug. Wohl eher ist es an der Zeit für klare Worte und bittere Wahrheiten – denn Risiken schöngeredet und das Blaue vom Himmel versprochen wurde vor Ausbruch der Krise von den Organisatoren des weltweiten Finanzkasinos mehr als genug.

Sein und Bewusstsein

Viele, die noch vor kurzem vor Kraft kaum laufen konnten, sind nun sehr kleinlaut geworden. Das ist verständlich: Denn während der Staat im vergangenen Jahrzehnt von den Vertretern und Funktionären der Wirtschaft beständig mit scharfen Worten und strenger Mine ermahnt wurde, ja seine Finger aus der Wirtschaft zu lassen und statt dessen lieber seine eigenen Ausgaben deutlich zurückzuführen, können denselben Akteuren staatliche Konjunkturprogramme, Bürgschaften, Beihilfen und Garantien heute gar nicht groß genug ausfallen, um sie vor dem drohenden Untergang zu retten. Das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewusstsein,

bemerkte dazu vor längerer Zeit einmal ein deutscher Philosoph offenbar nicht ganz zu Unrecht.

Insofern stellt sich in der Krise die Frage nach der Handlungs- und Leistungsfähigkeit des Staates neu. Dies betrifft auch unser Land. Auch eine zurückhaltende Bewertung muss anerkennen, dass sich die wirtschaftliche Entwicklung Brandenburgs in den letzten Jahren durchaus günstig gestaltet hat. Brandenburg war seit der Wende wirtschaftlich noch nie besser aufgestellt als heute. Das Land konnte mit Ansiedlungserfolgen punkten, die die wirtschaftliche Basis vor allem in zukunfts-trächtigen Branchen wie zum Beispiel der Solarindustrie verbreiterten. Der neue Flughafen BBI als größtes Infrastrukturprojekt in Ostdeutschland nimmt Gestalt an. Die Umsteuerung der Wirtschaftsförderung nach dem Prinzip „Stärken stärken“ war zwar im Land umstritten, erwies sich aber in der Praxis als richtig. Das Land unterstützt den wirtschaftlichen Entwicklungsprozess mit einer klaren Schwerpunktsetzung in den Bereichen Wirtschaft und Innovation, Wissenschaft und Forschung sowie Bildung.

Gute Jahre genutzt

Der Beitrag des Landes kommt u.a. in einer anhaltend hohen Investitionsquote zum Ausdruck, die zwar leicht absinkt, im Jahr 2008 aber immer

noch 16,3 Prozent und damit deutlich mehr als in den westdeutschen Ländern betrug. Größere Rückschläge blieben in den vergangenen Jahren aus, Brandenburg konnte das ohnehin nicht gerechtfertigte Image als „Land der gescheiterten Großprojekte“ auch in der veröffentlichten Meinung erfolgreich hinter sich lassen. Diese positiven Trends schlugen sich auch auf dem Arbeitsmarkt nieder: Die Arbeitslosenquote sank von 18,7 Prozent im Jahr 2004 auf 13 Prozent im Jahr 2008. Diese günstige Entwicklung dürfte die reale Basis für die durchaus optimistischen Einschätzungen in der brandenburgischen Bevölkerung sein, die eine Infratest-Umfrage Anfang 2009 ermittelte: Danach sahen 67 Prozent der Brandenburger ihrer persönlichen Zukunft „eher optimistisch“ entgegen; 73 Prozent waren der Meinung, es gibt zwar Probleme in Brandenburg, aber „wir schaffen das schon“. Wie immer man diese Zahlen im Einzelnen bewerten mag, vorhanden ist jedenfalls der verbreitete Eindruck, dass Brandenburg die letzten Jahre gut genutzt und sich insgesamt in die richtige Richtung entwickelt hat.

Dasselbe gilt für die Entwicklung des Landeshaushalts. Er schwankt im Volumen jeweils um die 10 Milliarden Euro-Marke. Noch 2003 hatte das Land knapp 1,2 Milliarden Euro neue Schulden aufgenommen. Die Rückführung dieser hohen Neuverschul-

derung und die Begrenzung der Gesamtverschuldung war damit eine der wichtigsten Herausforderungen, der sich die neue Landesregierung 2004 zu stellen hatte, um haushaltspolitische Stabilität zu erreichen. Dabei spielt nicht nur die oft angeführte Verlagerung der Lasten auf die kommenden Generationen eine Rolle. Vielmehr engt die hohe Verschuldung die Möglichkeiten des Landes schon jetzt Jahr für Jahr ein. Zinszahlungen von gut 800 Millionen Euro im Jahr machen die Größenordnung der Belastung angesichts des genannten Haushaltsvolumens sehr deutlich. Eine weitere Erhöhung können wir nicht verantworten. Das Ziel zu Beginn der Legislaturperiode war, die Neuverschuldung in deutlichen Schritten zu reduzieren und im Jahr 2010 erstmals einen ausgeglichenen Landeshaushalt zu erreichen. Auf dieser Grundlage gingen wir 2004 davon aus, dass die Gesamtverschuldung Brandenburgs am Ende der Wahlperiode die 20 Milliarden Euro-Grenze überschreiten würde.

Haushaltsziele vorfristig erreicht

Die Kombination von günstiger Konjunktur, konsequentem Konsolidierungskurs und einer zurückhaltenden Ausgabenpolitik haben es ermöglicht, diese Ziele schneller zu erreichen als ursprünglich angenommen. Die Kreditlinien wurden schon 2005 und

2006 jeweils deutlich unterschritten, im Jahr 2007 hatte Brandenburg erstmals in seiner Geschichte einen ausgeglichenen Landeshaushalt und erwirtschaftete sogar einen nennenswerten Überschuss von 400 Millionen Euro. Auch 2008 gelang es, einen Überschuss – diesmal in Höhe von 147 Millionen Euro – zu erzielen. Dies ermöglichte es, die Gesamtverschuldung bei 18 Milliarden Euro zu stabilisieren.

Natürlich ist es richtig, dass Brandenburg ebenso wie der Bund und die anderen Länder dabei von kräftigem konjunkturellen Rückenwind profitieren konnte. Ebenso richtig ist aber, dass das Land der Versuchung widerstanden hat, die neu gewonnenen Spielräume durch eine expansive Ausgabenpolitik gleich wieder aufs Spiel zu setzen. Das Land hat die Chancen der guten Jahre genutzt. Der Haushaltsüberschuss des Jahres 2007 wird verwendet, um den Versorgungsfonds des Landes zu speisen. Er dient der Finanzierung der in den nächsten Jahren deutlich ansteigenden Versorgungsleistungen für Beamte und Richter. Dies ist ein Beitrag zur vorausschauenden finanzpolitischen Vorsorge. Auch der Überschuss aus 2008 wurde zurückgelegt und nicht auf den Kopf gehauen. Er dient als „Konjunkturreserve“, die wir angesichts der aktuellen krisenhaften Entwicklung dringend benötigten werden.

Gleichzeitig wurde in den vergangenen Jahren die Konsolidierung des

Haushalts strukturell fortgesetzt. Diese Notwendigkeit besteht konjunkturunabhängig. Die mittelfristigen Entwicklungstrends begründen den Zwang zur Haushaltskonsolidierung. So gehen wir davon aus, dass das Haushaltsvolumen des Landes bis 2020 von heute rund 10 Milliarden Euro auf dann noch rund 7,8 Milliarden Euro (in heutigen Preisen) absinken wird. Die wesentlichen Gründe dafür sind: Die Einnahmen aus dem Solidarpaket II, die im letzten Jahr noch knapp 1,5 Milliarden Euro betragen, werden bis dahin Schritt für Schritt abgeschmolzen und dann ganz entfallen. Auch ist es unwahrscheinlich, dass Brandenburg im Jahr 2020 noch nennenswerte Zahlungen von der EU erhalten wird. Das ist durchaus kein Grund zur Klage, spiegelt sich darin doch die wachsende wirtschaftliche Stärke des Landes wider. Haushaltspolitisch muss man sich darauf jedoch rechtzeitig einstellen. Im selben Zeitraum wird die brandenburgische Bevölkerung abnehmen, was einerseits direkte Auswirkungen auf den Länderfinanzausgleich hat, andererseits insbesondere zu einem deutlichen Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (16 bis 65 bzw. 67 Jahre) führen wird.

Trotz des geringeren Haushaltsvolumens werden bestimmte Ausgabepositionen des Haushalts ansteigen. Ein Beispiel sind die bereits erwähnten Versorgungsleistungen. Im Jahr 2005

hatte Brandenburg rund 1.000 pensionierte Beamte zu versorgen. 2010 werden es etwa 7.000 sein und im Jahr 2020 bereits 20.000. Diese Entwicklung ergibt sich aus der Zahl der gegenwärtig aktiven Beamten. Das Land muss einerseits dafür Vorsorge treffen, dass diese Versorgungslasten getragen werden können. Andererseits muss der Personalbestand – Lehrer, Polizisten, Richter, Finanzbeamte usw. – so angepasst werden, dass die notwendigen öffentlichen Aufgaben erledigt, die Personalkosten aber auch dauerhaft gezahlt werden können. Es geht hier nicht allein um Personalabbau.

Umbau ist weiter nötig

Notwendig ist vielmehr die Fortsetzung des Umbaus und der Modernisierung der Landesverwaltung insgesamt. Denn es ist nach wie vor so, dass Brandenburg im Vergleich zu anderen Ländern nicht über zu wenig, sondern über zu viel Personal verfügt – dies trifft im Verhältnis zur Bevölkerung bzw. zu den Kindern im schulfähigem Alter auch für Polizisten und Lehrer zu. Das Problem ist mitunter, dass das an sich vorhandene Personal nicht dort verfügbar ist, wo es auch benötigt wird. Mit einem besonderen Tarifvertrag zum Verwaltungsumbau setzt das Land seit 2008 gezielte und attraktive Anreize zur Förderung von Flexibilität und Mobilität im Landesdienst in ganz Brandenburg.

Rund ein Viertel des Haushalts entfallen heute auf Personalausgaben. Im Jahr 2003 verfügte Brandenburg über 61.000 Stellen im Landesdienst. 2008 waren es noch 53.900 Stellen. Nach der beschlossenen Personalbedarfsplanung der Landesregierung soll der Personalbestand bis Ende 2012 auf 47.800 Stellen weiter zurückgeführt werden. Das Land hat in den letzten Jahren den Abbau von Personalüberhängen konsequent betrieben. Dabei erfolgte der Abbau durchweg sozialverträglich. Auf betriebsbedingte Kündigungen wurde verzichtet – ein nicht unwichtiger Unterschied zur verbreiteten Praxis in der privaten Wirtschaft. Dies soll auch in Zukunft so bleiben. Mittelfristig, etwa bis zum Jahr 2020, halte ich einen Personalbestand von 40.000 Stellen für notwendig und ausreichend. Damit wäre eine Pro-Kopf-Personalausstattung erreicht, wie sie typische Vergleichsländer wie etwa Schleswig-Holstein schon heute haben. Von dort sind bislang noch keine Informationen bekannt geworden, wonach mit einer derartigen Personalausstattung die Erledigung der öffentlichen Aufgaben zusammengebrochen wäre. Stattdessen gehen auch dort die Kinder in die Schule, wird in den Gerichten täglich Recht gesprochen und werden von der Polizei Straftaten aufgeklärt. Die Wirklichkeit demontiert also täglich jene, die jeden weiteren Schritt auf dem Weg zu einer dau-

erhaft tragfähigen Personalausstattung Brandenburgs mit immer neuen Zusammenbruchsszenarien für den öffentlichen Dienst begleiten.

Gut gerüstet, aber nicht krisenfest

Brandenburg geht finanzpolitisch vergleichsweise gut gerüstet in die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise. Wir haben zwei Mal hintereinander einen ausgeglichenen Haushalt erreicht, wir haben die Gesamtverschuldung begrenzt und die Ausgaben wirksam gedämpft. Bemerkenswert ist, dass der Anteil der Steuereinnahmen an den Gesamteinnahmen des Landes im letzten Jahr auf fast 54 Prozent und damit einen bisherigen Höchststand gestiegen ist. Das heißt, die Abhängigkeit des Landes von Zahlungen Dritter (Bund, EU, Länderfinanzausgleich) nimmt ab, bleibt aber gleichwohl erheblich. Ich halte die Einschätzung für vertretbar, dass sich der Landeshaushalt Brandenburgs noch nie in einer so stabilen und soliden Verfassung befunden hat wie heute. Das ist ein Erfolg. Finanzpolitische Stabilität ist auch ein Standortfaktor. Einen auch dauerhaft und strukturell ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, steht aber weiterhin aus. Keinesfalls kann davon gesprochen werden, dass die erfolgreiche Konsolidierungspolitik der vergangenen Jahre dazu geführt hat, dass der Landeshaushalt „krisenfest“ oder „krisenresistent“ geworden wäre. Die Auswirkungen der Krise drohen

vielmehr das Erreichte zu gefährden. Auch für Brandenburg steht viel auf dem Spiel. Finanzpolitisch kann sich das Land der wirtschaftlichen Rezession und der damit einhergehenden Erosion der Einnahmen des Staates nicht entziehen.

Das landesseitige Risikopotenzial ist dabei geringer als in anderen Ländern. Brandenburg hat keine Landesbank gegründet und ist auch an keiner beteiligt. Die Begründung war damals schon so schlicht und zutreffend wie heute: Brandenburg braucht keine Landesbank. Insofern geht der Kelch der milliarden-schweren Rettungsoperationen für eine aus dem Ruder gelaufene Landesbank an Brandenburg erfreulicherweise vorüber. Die ILB als reine Förderbank ist stabil aufgestellt: Sie konnte auch 2008 ein positives Jahresergebnis erzielen und ist in der Lage, die brandenburgische Wirtschaft inmitten der Krise in diesem Jahr noch stärker zu unterstützen. Die ILB erreichte eines ihrer bislang besten Jahresergebnisse. Das Land Brandenburg und seine Kommunen sind auch nicht in zweifelhafte Cross-Border-Leasing-Geschäfte involviert.

Krise schlägt auf Haushalt durch

Auf der anderen Seite wird das Land die Krisenfolgen direkt und indirekt zu spüren bekommen – und zwar direkt durch die Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft und das eigene Steueraufkommen. Und indirekt über die

gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Hier sitzen letztlich durch die Bund-Länder-Finanzbeziehungen und den Länderfinanzausgleich alle in einem Boot. Dies relativiert auch die Bedeutung der zuvor angesprochenen Debatte darüber, ob der Osten stärker oder schwächer von der Rezession betroffen sein wird. Nach der Mai-Steuerschätzung muss sich Brandenburg auf erhebliche Steuerausfälle in den kommenden Jahren einstellen. Diese könnten im laufenden Jahr deutlich über 400 Millionen Euro gegenüber den Ansätzen des Haushalts betragen, für 2010 sind sogar über 600 Millionen Euro niedrigere Einnahmen als erwartet vorausgesagt. Auch wenn es sich hierbei noch um Prognosen handelt, deren Eintreffen abzuwarten bleibt, ist der Einbruch der Steuereinnahmen durch die Wirtschaftskrise schon jetzt nachweisbar: So lagen die Steuereinnahmen des Landes Ende Mai 2009 bereits rund 7,4 Prozent unter denen des Vorjahreszeitraums. Die Krise wird tiefe Spuren in den öffentlichen Haushalten hinterlassen. Dies steht bei aller Ungewissheit der zukünftigen Entwicklung bereits jetzt fest. Deshalb passt es auch nicht zur jetzigen Situation, durch das Versprechen weiterer Steuersenkungen die materielle Grundlage der staatlichen Handlungsfähigkeit künftig weiter zu schwächen.

Kein Landeshaushalt ist in seiner Struktur so elastisch, dass er derartige

Einbrüche der Einnahmen einfach „wegstecken“ könnte. Ein Großteil der Ausgaben ist gesetzlich oder vertraglich festgeschrieben, der „flexible“ Teil ist vergleichsweise gering. Insofern gehen Forderungen, die zurückgehenden Einnahmen durch eine entschlossene Verschärfung des Konsolidierungskurses „einzusparen“ an den Realitäten vorbei. Die oft angesprochenen konsumtiven Ausgaben sind zum größten Teil Personalausgaben, die zur Erfüllung der Landesaufgaben (Bildung, Polizei, Justiz, Strafvollzug, Steuerverwaltung) erforderlich sind. Ein anderer Teil der konsumtiven Ausgaben ist jener Betrag, den die Verwaltung für sich selbst verbraucht, die so genannten sächlichen Verwaltungsausgaben. Dieser Anteil beträgt lediglich 4,6 Prozent am Gesamthaushalt und bewegt sich damit bereits am unteren Ende im Ländervergleich. Dort ist aus meiner Sicht nicht viel zu holen. Die Verwaltung in Brandenburg arbeitet sehr sparsam.

Kein Hineinsparen in die Krise

Es ist konjunkturpolitisch nicht ratsam, sich durch Kürzungen weiter in die Krise hineinzusparen. Dies gilt besonders für die Investitionen. Deshalb hat Brandenburg den Konjunkturpaketen I und II zugestimmt, von denen ein wichtiger Impuls für die wirtschaftliche Entwicklung erwartet wird, die aber zugleich weitere Ein-

nahmeausfälle und zusätzliche Ausgaben für Bund und Länder mit sich bringen. Knapp 460 Millionen Euro stehen dem Land bis Ende 2010 allein aus dem Konjunkturpaket II insgesamt zur Verfügung, also einschließlich des Landes- und Kommunalanteils.

Brandenburg wird den Haushalt 2009 deshalb „auf Sicht fahren“. Wir verfügen über unausgeschöpfte Kreditlinien des Doppelhaushalts 2008/2009 und können die Konjunkturrücklage aus dem letzten Jahr in die Waagschale werfen. Diese Instrumente werden wir nach derzeitiger Einschätzung in voller Höhe in Anspruch nehmen müssen. Dies hat einen Nachtragshaushalt bislang haushaltsrechtlich nicht erforderlich werden lassen. Ob dies so bleibt, ist abhängig von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung in diesem Jahr.

Absehbar aber ist, dass die guten Haushaltsjahre bis auf weiteres hinter uns liegen. Für die Finanzpolitik folgt daraus zweierlei: Zum einen wird auch Brandenburg durch konjunkturelle Maßnahmen und gute Investitionen seinen Beitrag dazu leisten, dass die Folgen der Krise schnellstmöglich überwunden werden können. Dies ist jetzt unvermeidlich mit Belastungen für den Landeshaushalt verbunden. Andererseits muss Brandenburg den eingeschlagenen Konsolidierungskurs fortsetzen, weil es dazu angesichts der mittelfristigen demografischen, finanz-

politischen und wirtschaftlichen Entwicklungstrends keine vernünftige Alternative gibt.

Aufsicht stärken

Gleichzeitig unterstützen wir die Bestrebungen, die internationalen Finanzmärkte neu zu ordnen, damit sich eine ähnliche Schiefelage mit allen negativen Konsequenzen für die nationalen Ökonomien nicht wiederholen kann. Notwendig sind die stärkere Regulierung der Finanzmärkte und die Stärkung der Finanz- und Bankenaufsicht. Kritisch zu prüfen ist die Rolle der Ratingagenturen, deren Bewertungen sich in der Vergangenheit oft als verhängnisvoll erwiesen haben. Vergütungs- und Anreizsysteme müssen sich am langfristigen Unternehmenserfolg orientieren; Gehaltsexzessen muss ein Riegel vorgeschoben werden. Schließlich geht es darum, Steueroasen auszutrocknen und Steuerbetrug

wirksam zu bekämpfen. Der Londoner G 20-Gipfel hat zur Regulierung des Finanzsektors wichtige Beschlüsse gefasst. Ich halte darüber hinaus weitergehende Vereinbarungen für nötig, die sich etwa auf das Verbot besonders risikanter Finanzprodukte oder die Verschärfung der internationalen Standards für die Kreditvergabe beziehen. Der Verlauf der Krise zeigt, dass dabei international, wenigstens aber europaweit, vorgegangen werden muss.

Wenn die Aufräumarbeiten in den Trümmern des Finanzcrashs abgeschlossen sind und die Nothilfe für die Wirtschaft gewirkt hat, muss sich Brandenburg genau wie bisher wieder mit aller Kraft darauf konzentrieren, beim Auslaufen des Solidarpakts II ab 2020 auf eigenen Beinen stehen zu können. Fortschritt muss immer wieder neu erkämpft werden. Das gilt auch für eine nachhaltige Finanzpolitik, die diesen Namen verdient. ■

RAINER SPEER

ist Finanzminister des Landes Brandenburg.

Schnell und nachhaltig

WOHER DIE KRISE KAM UND WAS JETZT GETAN WERDEN MUSS
VON **GUSTAV HORN**

Wie konnte das geschehen? Noch immer stehen viele fassungslos vor dem Scherbenhaufen eines Aufschwungs, der sich ab Ende 2004 nach langsamem Beginn so vielversprechend zu entwickeln schien und bis zum Herbst vergangenen Jahres ein beträchtliches Wachstum und eine deutliche Beschäftigungszunahme mit sich brachte. Vom Tiefpunkt der Talsohle Ende 2004 bis zu seinem Höhepunkt hatte das Bruttoinlandsprodukt um gut 9 Prozent zugenommen und auch die Zahl der Beschäftigten war im Aufschwung um knapp 4 Prozent gestiegen. All dies brach im September vergangenen Jahres abrupt ab. Seither sind von den Wachstumserträgen des Aufschwungs nur noch gut 1,5 Prozent übrig geblieben, was dem Stand von Ende 2005 entspricht. Bei der Beschäftigung sieht es dank der erweiterten Kurzarbeiterregelung noch deutlich besser aus. Hier ist erst ein halber Prozentpunkt an Einbußen zu verzeichnen. Was ist geschehen?

Ohne Zweifel zeichnete sich schon vor dem Einbruch eine konjunkturelle Abwärtsbewegung ab, die im übrigen wirtschaftspolitisch gewollt war.

Sowohl die amerikanische Zentralbank als auch insbesondere die EZB hatten mit zahlreichen Zinserhöhungen versucht, die wirtschaftliche Aktivität zu dämpfen. Noch im Sommer 2008 erhöhte die EZB ihren Leitzins, weil sie eine Inflationstendenz fürchtete, die durch den seinerzeit massiven Anstieg der Rohstoffpreise hätte ausgelöst werden können. Die Befürchtungen waren schon damals unbegründet, weil die Lohnzuwächse im Euroraum insgesamt und besonders in Deutschland trotz Aufschwung und starkem Anstieg der Verbraucherpreise maßvoll waren. Dies alles hätte aber lediglich ausgereicht, um einen normalen konjunkturellen Abschwung milderer Art auszulösen, keinesfalls aber eine Weltwirtschaftskrise. Dazu bedurfte es erheblich mehr.

Ein explosives Gemisch

Tatsächlich hatten sich seit einigen Jahren Tendenzen herausgebildet, die das Weltwirtschaftssystem immer noch erheblich gefährden. Während der Mainstream der Wirtschaftswissenschaften in Deutschland die wesentlichen wirtschaftlichen Probleme unseres

Landes immer noch auf dem angeblich zu rigiden Arbeitsmarkt vermutete und das Heil in entsprechenden Arbeitsmarktreformen sah, die die Arbeitslosen immer stärker unter Druck setzten, braute sich vor ihren Augen ein Gemisch zusammen, dessen Explosion das weltwirtschaftliche Gefüge, auf dem die deutsche Wirtschaftspolitik ihre Wachstumsstrategie gründete, fundamental erschüttern würde.

I. Die Wurzeln der Krise

Die Krise speist sich aus mehreren Ursachen. Die erste ist die teilweise dramatische Zunahme der ökonomischen Ungleichheit in größeren Industriestaaten. Sowohl die funktionale Verteilung zwischen Arbeits- und Gewinneinkommen als auch die personelle Verteilung zwischen hohen und niedrigen Einkommen änderte sich stark zu Gunsten der Gewinn- und hohen Einkommen, während die mittleren und niedrigen Einkommen erodierten. Diese Tendenz ist auch Ausdruck einer gesunkenen Verhandlungsmacht von Gewerkschaften. Diese resultierte unter anderem aus einer wachsenden Individualisierung, insbesondere im Dienstleistungsbereich. Sie ist aber auch das Resultat einer Wirtschaftspolitik, die in Gewerkschaften ein zu bekämpfendes Wachstumshemmnis sah, weil sie angeblich zu hohe Lohnabschlüsse durchsetzen, die die Wettbewerbs-

fähigkeit der jeweiligen Volkswirtschaft und damit die Angebotsbedingungen schädigten. Dies hatte schon in den späten siebziger und den achtziger Jahren zu massiven Auseinandersetzungen in Großbritannien und den USA geführt. In Deutschland geschah dies wesentlich langsamer und auch moderater. Nichts desto trotz gingen zahlreiche Arbeitsmarktreformen während der rot-grünen Regierung mit breiter Unterstützung aus der Opposition in die gleiche Richtung. Sie wirkten sich insbesondere zu Lasten der Bezieher geringer Einkommen aus und verstärkten damit die Ungleichheit in Deutschland seit dem Jahr 2000 massiv.

Ungleichheit schadet

Diese Umverteilung berührt nicht nur die Frage nach ökonomischer Gerechtigkeit, sondern auch nach der Funktionalität der Marktwirtschaft. Schon Keynes hat etwa im letzten Kapitel der „Allgemeinen Theorie“ (1936) im Rahmen seiner „Schlussbetrachtungen über die Sozialphilosophie“ darauf hingewiesen, dass eine große Einkommensungleichheit makroökonomisch nicht funktional ist. Wie Keynes erkannte, ist balanciertes Wachstum mit starker Binnennachfrage und ohne Überschuldungsgefahren auf Dauer nicht ohne einen entsprechenden Anstieg der realen Masseneinkommen möglich. Keynes sah durchaus eine

soziale und ökonomische Rechtfertigung für Einkommensunterschiede zwischen Individuen. Unbeschadet dessen sei aber eine relativ gleichmäßige Einkommensverteilung notwendig, um eine kräftige und nachhaltige private Konsumnachfrage zu gewährleisten. Diese Grundregel wurde sowohl im Vorfeld der Großen Depression als auch in der jüngeren Vergangenheit missachtet.

Hohes Tempo, hohe Importe

In den USA ist die Verteilung der Einkommen nach einer beinahe 30-jährigen Phase der Umverteilung heute wieder ungefähr so ungleich wie in den 1920er Jahren. Die kräftige Ausweitung des privaten Konsums war bis zur Krise angesichts der schwachen Entwicklung der realen Masseneinkommen nur auf Grundlage der Inanspruchnahme der Kreditmärkte, also höherer Verschuldung insbesondere der unteren Einkommensschichten, zu erreichen. Nach dem Platzen der jüngsten Immobilienblase in den USA waren Zahlungsschwierigkeiten in den unteren Einkommensgruppen gleichsam programmiert. In Deutschland hingegen haben viele Privathaushalte auf die seit langem stagnierenden Reallöhne und sozialpolitischen Einschnitte mit Konsumverzicht reagiert anstatt sich deutlich zu verschulden. Da die oberen Einkommensgruppen,

die vom Anstieg der Gewinne und Vermögen sowie von Steuerentlastungen profitierten, eine sehr hohe Sparquote aufweisen, war eine anhaltende Schwäche der Binnennachfrage die Folge. Im Ergebnis entstand in Deutschland wie auch in Japan wegen der schwachen Realeinkommenszuwächse eine lang andauernde Konsumschwäche, während die Einkommensschwäche in den USA und Großbritannien durch erleichterte Verschuldung kompensiert wurde.

Dies führt unmittelbar zur zweiten Ursache. Die verschiedenen Wege, die in den einzelnen Ländern im Umgang mit der zunehmenden Einkommensungleichheit eingeschlagen wurden, hatten weltwirtschaftlich gravierende Konsequenzen. In den Defizitländern wurde durch eine Kombination aus einer adäquaten antizyklischen Stabilisierungspolitik und übermäßig deregulierten Finanzmärkten, die den Zugang von niedrigen Einkommensbezieheren zu den Kreditmärkten erheblich erleichterten, versucht, das Wachstumstempo hoch zu halten. Das gelang auch über einen längeren Zeitraum, erforderte aber hohe Importe. In den USA und Großbritannien entstanden daher erhebliche außenwirtschaftliche Defizite. Da der in den Defizitländern boomende Finanzsektor, der sich nicht zuletzt aus der finanziellen Bewältigung des Nachfragesogs nährte, anscheinend die weitaus höchsten Renditen abwarf,

wurde dort im Finanzbereich kräftig investiert. Währenddessen entwickelten sich die Investitionen in anderen Bereichen eher schwach und wurden vor allem durch die hohen und bereits auf kurze Sicht zu realisierenden Renditeerwartungen der immer einflussreicher werdenden Finanzinvestoren gedrückt. Die Folge war eine nachlassende internationale Wettbewerbsfähigkeit, die auch erklärt, warum die Exportdynamik sehr verhalten war.

Schwacher Konsum, hohe Exporte

Anders verlief die Entwicklung in Überschussländern wie Deutschland und Japan, in denen die Binnennachfrage aufgrund des lahmenden Konsums schwach war. Dem wirkte eine aufgrund der moderaten Lohnzuwächse verstärkte internationale Wettbewerbsfähigkeit entgegen, die das Wachstum der Exporte beflügelte. Wegen der durch die gleiche Lohnzurückhaltung ausgelösten Schwäche der Binnennachfrage gelang es allerdings deutlich schlechter, eine hohe Wachstumsdynamik zu erreichen. Jedoch entstanden erhebliche Überschüsse im Außenhandel. Einen ähnlichen Weg schlug auch China ein, das hier dem asiatischen Modell einer außenwirtschaftlich determinierten Entwicklung folgte, ohne seine Güter- und Finanzmärkte in gleicher Weise zu öffnen. In Deutschland und Japan, die in vollem Umfang

in die Weltwirtschaft und damit in die globalen Finanzmärkte integriert sind, war die realwirtschaftliche Investitionstätigkeit wegen der verhaltenen Binnennachfrage und des Drucks der Finanzinvestoren in Richtung einer hohen kurzfristigen Rendite wie in den USA eher schwach. Daher ließ sich die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit primär nur durch einen hohen Druck auf die Löhne erreichen. So ist es dann auch gekommen: Im internationalen Vergleich sind die Lohnstückkosten z. B. in Deutschland extrem schwach gestiegen. Vor diesem Hintergrund wurden in China, Japan und Deutschland hohe Leistungsbilanzüberschüsse erwirtschaftet. Damit gingen hohe Kapitalexporte einher.

Immer mehr Kredite

Diese Tendenzen erwiesen sich als selbst verstärkend. Denn der Finanzsektor profitierte auch von den globalen Ungleichgewichten. Das in den Überschussländern durch Außenhandel akkumulierte Kapital floss in die Defizitländer mit ihrer hohen Nachfrage nach Kapital. Damit war nicht nur die Fortdauer sowohl der außenwirtschaftlichen Defizit- als auch der Überschusspolitik ermöglicht. Eine anhaltende Wachstumsdynamik in den USA setzte voraus, dass die Konsumenten immer mehr Kredite bekamen. Das vom Export getriebene Wachstum in Deutsch-

land erforderte hingegen immer weitere Steigerungen der Wettbewerbsfähigkeit durch weitere Lohnzurückhaltung. Es entstand ein Zirkel wechselseitiger Abhängigkeit von Überschuss- und Defizit-Volkswirtschaften, der zumindest auf mittlere Sicht stabil war und angesichts der vermeintlichen Stabilität der Finanzmärkte auch kaum in Frage gestellt wurde.

Blindheit auf den Märkten

Üblicherweise wäre dies eine Konstellation gewesen, in der es zu einer Währungskrise mit drastischen Kursbewegungen hätte kommen müssen. Der US-Dollar hätte abgewertet und der Yen, der Renmimbi und, weniger stark, der Euro hätten aufgewertet. Die weitgehende Deregulierung der Finanzmärkte mit der Fülle von Möglichkeiten, die auf diese Weise Nicht-Banken (z.B. Hedge- und Private-Equity-Fonds) auf den Finanzmärkten geboten wurden, verschärfte jedoch das Krisenpotenzial der unvermeidlichen Anpassungsprozesse über die Währungsrelationen hinaus drastisch. Bevor es nämlich hierzu kam, brach sich stattdessen die Finanz- und Wirtschaftskrise Bahn. Dies zeigt, dass das weltwirtschaftliche Wachstum auch aus anderen Gründen nicht nachhaltig gewesen sein kann. Hierbei spielt die Deregulierung der Finanzmärkte eine entscheidende Rolle. Dies ist die dritte Ursache der Krise.

Die neuen Finanzmarktprodukte, deren Funktion eigentlich war, Risiken zu streuen und damit Sicherheit zu erzeugen, erwiesen sich in der Realität als Zeitbomben für die Stabilität des Finanzsystems. Dass die breite Streuung von Risiken, die eigentlich Risiken verringern sollte, tatsächlich genau dadurch ein systemisches Risiko, nämlich den generellen Vertrauensverlust in das Finanzsystem, kreierte, kann aus Sicht der Finanzmarktstrategen tragisch genannt werden. Diese Fehleinschätzung zeugt von ihrer Blindheit und jener der politischen Regulierer gegenüber der fundamentalen Unsicherheit der Märkte. Beispielhaft in dieser Hinsicht ist der gesamte Handel mit Derivaten, der zumeist eben nicht der sinnvollen Absicherung von Geschäften diente, sondern als Investitionsstrategie sowohl von Seiten der Anbieter als auch der Nachfrager verfolgt wurde. Tatsächlich sind Derivate dann aber nichts anderes als marktwirtschaftlich funktionslose Wetten auf unsichere Zukunftsereignisse, bei denen es zwangsläufig Verlierer gibt, ohne dass die Gewinner einen Beitrag zur Wertschöpfung geliefert hätten. Insofern hätte das zur Wette eingesetzte Kapital im Nachhinein aus gesamtwirtschaftlicher Sicht nahezu überall renditeträchtiger verwendet werden können. Diese Erkenntnis begann sich im unmittelbaren Vorfeld der Krise auch an den Märkten durchzusetzen, der Kapitalzustrom

versiegte, und der Verkauf der entsprechenden „Wertpapiere“ begann. Mit der dann zwangsläufigen Enttäuschung der Renditeerwartungen war ein Großteil des eingesetzten Kapitals zur Vernichtung freigegeben, was dann ja auch geschah. Die Krise nahm ihren Lauf.

II. Der Verlauf der Krise

Die in der Krise einsetzenden Abwärtsspiralen kann man als vier Deflationsspiralen beschreiben, die die Haltlosigkeit der Märkte in einer Krise aufzeigen. Als erstes ist das Sparparadox nennen. Wenn einzelne Unternehmen oder ein einzelner Haushalt verstärkt sparen wollen, so wird ihnen dies zweifellos gelingen, indem sie bei unveränderten Einkommen ihre Ausgaben reduzieren. In der Gesamtwirtschaft wird dies keine Spuren hinterlassen, insbesondere bleiben die gesamtwirtschaftliche Produktion und damit die Einkommen durch das Sparen Einzelner unverändert. In einer Krise wollen aber alle sparen, um sich vor deren negativen Folgen zu schützen. Das hingegen muss misslingen. Denn in diesem Fall führt der allgemeine Rückgang der Ausgaben auch zu einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion und folglich der gesamtwirtschaftlichen Einkommen. In der Summe wird mit den geringeren Einkommen sogar weniger

gespart als zuvor. Die anfänglichen Sparbemühungen werden konterkariert und also setzen Haushalte und Unternehmen ihre Bemühungen fort und senken ihre Ausgaben erneut. Aber: So lange alle sparen und keiner mehr ausgeben will, ist keine höhere gesamtwirtschaftliche Ersparnis möglich. Und die Wirtschaft geht im Zuge der immer geringeren Ausgaben auf immer tiefere Talfahrt.

Ähnliches geschieht mit den Vermögen. In einer Finanzkrise versucht jeder, wegen steigender Kreditkosten und versiegender Einkommen, Schulden abzubauen. Die sogenannte *Fishersche Schuldendeflation* setzt ein. Um Liquidität zur Schuldentilgung zu erhalten, verkaufen alle ihre Wertpapiere zur gleichen Zeit, deren Kurse folglich ins Bodenlose fallen. Das Vermögen reduziert sich und die Notwendigkeit weiterer Verkäufe erhöht sich, solange sich alle gleichzeitig entschulden wollen und sich niemand verschulden will.

Abwärtsspirale bei den Banken

Ein dritter Deflationsprozess findet im Bankensektor statt. In Zeiten einer Finanzmarktkrise wollen alle Banken ihre unsicheren Kredite reduzieren bzw. vergeben keine neuen Kredite, die nicht stark abgesichert sind. Dies betrifft zum einen andere Banken, denen sie auf dem Interbankenmarkt kein Geld mehr leihen (oder nur noch zu verschlechterten

Konditionen). Zum zweiten trifft es Unternehmen bei der Finanzierung ihrer Investitionen. Beides reduziert letztendlich die Unsicherheit für die Banken nicht, sondern erhöht sie. Denn die verschlechterten Konditionen auf dem Interbankenmarkt erschweren die Refinanzierung aller Banken, und die restriktivere Kreditvergabe an den Unternehmenssektor löst eine Abwärtsspirale aus, die am Ende die Bonität aller Kreditnehmer verschlechtert. So lange also alle die Kredite reduzieren wollen und niemand Kredite zu günstigen Konditionen vergeben will, befindet sich auch der Bankensektor in einer Abwärtsspirale.

Der Staat muss stützen

Der vierte Deflationsprozess, die Kostendeflation, findet primär in der Realwirtschaft statt. Die Unternehmen versuchen in Zeiten wirtschaftlicher Schwäche, ihre Kosten durch Lohnzugeständnisse ihrer Beschäftigten und durch Entlassungen zu reduzieren. Was bei einem einzelnen Unternehmen funktionieren würde, scheitert auch in diesem Fall, wenn alle das Gleiche tun. Indem die Einkommen der Beschäftigten als Folge der niedrigen Löhne oder der Arbeitslosigkeit fallen, verschärft sich die Absatzkrise für die Unternehmen, und alle Bemühungen um eine Senkung der Kosten waren vergeblich – mit dem Ergebnis, dass eine neue Runde

der Kostensenkung beginnt. Dies hält so lange an, wie alle ihre Kosten reduzieren wollen und niemand bereit ist, die Einkommen zu stabilisieren.

Alle diese Prozesse zeigen, dass der private Sektor sich nicht von alleine aus einer globalen Krise lösen kann. Weder sind andere heimische Unternehmen oder Konsumenten, noch, wie im Fall der aktuellen globalen Krise, das „Ausland“, abgesehen von einigen Staatsfonds, bereit oder fähig, gegen diese Abwärtsspirale zu halten und so stabilisierend zu wirken. Daher bleibt nur der Staat – präziser in der Weltwirtschaftskrise: die Staaten –, um zu stabilisieren. Sie müssen bereit sein, in der Weltwirtschaftskrise mehr auszugeben, sich mehr zu verschulden, für günstigere Kreditkonditionen zu sorgen und die Einkommen zu stabilisieren, um dem Nachfrageausfall im privaten Sektor entgegenzuwirken. Insofern hat die Wirtschaftspolitik auch in Deutschland den prinzipiell richtigen Weg eingeschlagen.

III. Der Weg aus der Krise

Gefordert ist also eine antizyklische wirtschaftspolitische Krisenstrategie, deren Notwendigkeit vom Mainstream der deutschen Wirtschaftswissenschaft jahrelang geleugnet worden ist und die auch von der Politik als veraltete Ökonomie angesehen wurde. Die aktuelle Krise wird aber bei der

Stabilität des Märktesystems eine Zeitenwende herbeiführen. In Zukunft wird der Staat bzw. die Wirtschaftspolitik wieder eine herausragende Stabilisierungsfunktion wahrzunehmen haben, um das Marktsystem funktional zu halten. Anders aber als in den dreißiger und auch in den siebziger Jahren geht es nicht mehr um eine primär nationale Politik. Die engen globalen Verflechtungen sowohl der Güter- als auch der Finanzmärkte erfordern eine deutlich verstärkte internationale Koordination der Wirtschaftspolitik. Auch die Arbeitsmärkte wachsen zunehmend zusammen. Der G 20-Gipfel ist ein Schritt in diese Richtung.

Aber er reicht nicht. Denn insgesamt haben die globalen und internationalen wirtschaftspolitischen Institutionen mit der Globalisierung der Märkte bei weitem nicht Schritt halten können. Dies hat dazu geführt, dass die Globalisierung sich von den Interessen breiter Bevölkerungsschichten in der Welt gelöst hat. Dominierend wurden vielmehr jene, die entscheidende Spieler im Geflecht der internationalen Märkte sind: Multinationale Unternehmen und vor allem globale Finanzmarktinvestoren einschließlich der persönlichen Interessen ihres Managements. Es ist kein Zufall, dass sich deren Gehälter weltweit vom Rest der Gesellschaften deutlich entfernt haben. Dies ist vielmehr auch Ausdruck ihrer im Zuge der Globalisie-

rung vor allem der Kapitalmärkte verbesserten Durchsetzungsmöglichkeiten im Vergleich zu anderen Teilen der Gesellschaft. Dem kann nur dadurch begegnet werden, dass über eine globale wirtschaftspolitische Kooperation Schranken gezogen werden für das, was auf der einen Seite erlaubt ist, weil es zu nachhaltigem Wachstum von Produktion und Beschäftigung führt und auf der anderen Seite verboten ist, weil es allein zu spekulativen Übertreibungen und Ungleichgewichten führt, die auf Dauer Wachstum und Beschäftigung gefährden.

Leitwährung am Ende

Dies impliziert nicht nur die mittlerweile zum Allgemeingut, auch des deutschen ökonomischen Mainstreams, gewordene Regulierung der Finanzmärkte. Vielmehr ist auch die globale Währungsarchitektur zu überdenken. Das System vollständig flexibler Wechselkurse, das eigentlich das Entstehen der globalen Handelsungleichgewichte – eine der Wurzeln der Krise – hätte verhindern sollen, hat versagt. Es gilt nunmehr ein stabilitätsgerechteres System zu finden. Hier lohnt der Blick in die Geschichte. Das System von Bretton Woods, das jahrzehntelang Stabilität produzierte, war so schlecht nicht. Es sollte als Ausgangspunkt für eine Reform dienen. Jedoch zeigt das Scheitern von

Bretton Woods, dass es mit einer simplen Wiedereinführung nicht getan sein wird. Die Fixierung auf eine Leitwährung, den US-Dollar, mag nach dem Zweiten Weltkrieg machtpolitisch unvermeidbar gewesen sein. Sie war jedoch am Ende eine Schwäche des Systems, die von den USA zur finanziellen Absicherung ihrer kostspieligen Vietnam-Politik ausgenutzt wurde. Mehr noch, die Welt hat sich seither auch machtpolitisch grundlegend verändert. Schon allein deshalb ist ein multipolares Währungssystem vor allem unter Einschluss Chinas, Indiens und Brasiliens unumgänglich. Diese Richtung gilt es einzuschlagen, zumal die Erkenntnis der Multipolarität mittlerweile auch die USA erreicht hat.

Europäische Antworten

Über alledem sollte man aber das Naheliegende nicht vergessen: Europa. Schließlich sind die EU und insbesondere die Europäische Währungsunion auch als Antwort der Staaten Europas auf die Globalisierung gedacht gewesen. Der Euro ist als gemeinsame Währung eingeführt worden, um einen großen Binnenmarkt vor den Friktionen globaler Wirtschafts- und Währungskrisen zu schützen. Vor dem Hintergrund dieses epochalen Anspruchs, der von einer früheren weitsichtigen Politi-

kergeneration auch wirklich getragen wurde, muss die aktuelle Reaktion der EU auf die gegenwärtige Krise als erbärmlich bezeichnet werden. Brüssel wird – wie im Wahlkampf um das Europa-Parlament schon auf Plakaten deutlich wurde – nur noch als Ort verstanden, an dem es nationale Interessen durchzusetzen gelte. Wo aber bleibt das europäische Interesse?

Mehr Demokratie wagen

Was nötig gewesen wäre, ist eine gemeinsame europäische Antwort auf die Krise. Diese blieb auch dank anfänglicher deutscher Blockade bisher weitgehend aus. Will man künftigen Krisen besser gewappnet begegnen, sind grundlegende Änderungen erforderlich. Zum ersten müssen der EZB die Ziele Preisstabilität und konjunkturelle Stabilität als gleichrangig vorgeschrieben werden. Das sollte ihre Reaktionsschnelligkeit im Fall konjunktureller Krisen deutlich beschleunigen. Zum zweiten bedarf es auch der Möglichkeit einer europäischen Finanzpolitik, die selbstverständlich vom EU-Parlament kontrolliert werden muss. Dies wäre eine adäquate Antwort auf den globalen Schock gewesen und hätte zudem die nationalen Regierungen entlastet. Um dies zu gewährleisten, sind aber weitreichende institutionelle Änderungen der Rolle der EU-Kommission erforder-

derlich. Mehr Demokratie in Europa sollte dabei das Leitmotiv sein.

All dies zeigt: Selbst wenn die Krise möglichst bald überwunden werden sollte, der Bedarf an politischen Auf-räumarbeiten ist erheblich. Dass sie

schwierig sind, braucht nicht betont zu werden. So waren derartige Herausfor-derungen zu allen Zeiten. Wichtig ist dennoch, dass die Probleme mit einer Vision für eine stabilere Welt von mor-gen bald angegangen werden. ■

PROF. DR. GUSTAV A. HORN

ist Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung.

Ein neues Verhältnis zwischen Staat und Markt

DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK MUSS IN GESELLSCHAFTLICHE
GESCHLOSSENHEIT INVESTIEREN
VON **HENRIK ENDERLEIN**

Die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise hat Deutschland zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt getroffen: Im Frühjahr 2008 war die Zahl der Arbeitslosen erstmals seit den frühen 1990er Jahren wieder unter 3,5 Millionen gefallen. Vor einem Jahr regierte noch die Hoffnung, das Modell Deutschland könne sich endlich und dauerhaft wieder beleben. Doch schon zwölf Monate später ist uns allen klar, dass nicht nur der Aufschwung wieder vorbei ist, sondern ein noch tieferes Konjunkturtal auf uns wartet. Statt eines neuen Booms und des dauerhaften Rückgangs der Arbeitslosigkeit, der gerade für die neuen Bundesländer so wichtig gewesen wäre, blicken wir nun auf den brutalsten Konjunktureenbruch in der Geschichte der Bundesrepublik.

Hatten wir einfach kein Glück? Hat uns die Krisenwelle, deren Ursprung wir ja so gern in den USA erkennen, einfach zum falschen und für viele ungerechten Zeitpunkt erreicht? Nein – diese Sicht der Dinge wäre falsch. Deutschland ist weder ein passiver Akteur in der Entste-

hung dieser Krise gewesen (siehe das deutsche Bankensystem und vor allem die Investitionen von Landesbanken in giftige Wertpapiere), noch konnten wir auf ein ausreichend solides Wirtschaftsmodell setzen, das von der Krise zwar getroffen wird, aber ausreichend Eigendynamik besitzt, um ihr zu begegnen.

In diesem Jahr wird nach aktuellen Prognosen nur eine Volkswirtschaft unter den Industrienationen langsamer wachsen (oder korrekter formuliert: schneller schrumpfen) als Deutschland – und zwar Japan. Warum ist es gerade unsere Konjunktur, die auf diese Krise so schlecht vorbereitet scheint? Und welche Auswirkungen wird die Krise auf das Modell Deutschland haben? Welche Handlungsspielräume bleiben für die Wirtschafts- und Finanzpolitik im Kontext einer in diesem Jahr um 6 Prozent schrumpfenden Wirtschaftsleistung?

Drei Zwickmühlen

Wir stehen vor drei wirtschaftspolitischen Zwickmühlen. Erstens wird mit

der Krise der Anspruch an Solidarität den Bedürftigsten dieser Gesellschaft gegenüber höher – aber gleichzeitig sinkt der Finanzierungsspielraum diese Solidarität zu leisten. Zweitens haben wir schon in den vergangenen Jahren zeitweilig über unsere Verhältnisse gewirtschaftet und gehofft, der nächste Aufschwung würde uns wieder in die Balance zurückführen – aber nun weichen wir fast automatisch immer stärker davon ab. Drittens haben wir lange auf einen tragfähigen Wirtschaftsaufschwung gehofft, um das „Modell Deutschland“ neu auszurichten, zu modernisieren und zukunftsfähig zu machen – aber nun trifft uns die Krise aufgrund dieser ausgebliebenen Modernisierung viel härter als viele andere Länder.

Nur nicht verzagen

Verzagen sollte trotz dieser pessimistischen Bestandsaufnahme niemand. Schon gar nicht die Wirtschaftspolitik. Denn die drei genannten Zwickmühlen bergen bei genauer Betrachtung auch eine Chance. Wer in der Krise die richtigen Impulse setzt und Ressourcen dort einsetzt, wo sie am sinnvollsten eingesetzt sind, der kann dieses Land für einen langen Zeitraum prägen.

Dazu lohnt es auf zwei historische Referenzpunkte zu schauen: Franklin D. Roosevelt übernahm die Präsidenten-

schaft der USA, als die Wirtschaftskrise ihren Höhepunkt erreichte. Es gelang ihm, durch zielgerichtete Wirtschaftspolitik, die eine Kombination aus gesellschaftsweiter Solidarität und fokussiertem Ressourceneinsatz predigte, das Land gleichzeitig sozialer zu gestalten und zu modernisieren. Am anderen Ende des wirtschaftspolitischen Spektrums gelang Ronald Reagan eine ähnlich durchschlagende Krisenpolitik: Auch er wurde während einer Konjunkturkrise Präsident und nutzte den wirtschaftspolitischen Kontext, um eine Politik gestützt auf die Kombination aus Steuersenkungen und das, was heute oft „Anreizstrukturen“ genannt wird, durchzusetzen. Sowohl Roosevelts *New Deal* als auch *Reagonomics* prägen die US-Gesellschaft bis heute – zwar auf vollkommen gegensätzlichen Weisen, aber mit nachhaltiger Wirkung. Auch aus der aktuellen Krise wird ein ähnlich prägender wirtschaftspolitischer Impuls hervorgehen.

Jetzt werden die Weichen gestellt

Ich bin deshalb überzeugt, dass 2009, 2010 und 2011 Schlüsseljahre in der deutschen Wirtschaftspolitik der kommenden Jahrzehnte sein werden. Wer in dieser Krise die politische Gestaltung übertragen bekommt, kann langfristig Weichen stellen. Nun werden Weichen jedoch nicht mit dem Blick

nach hinten gestellt. Es geht darum, sich für eine Richtung zu entscheiden und mit Überzeugung den Weg nach vorn vorzugeben, der aus der Krise führt.

Zurück zum „Modell Deutschland“?

Der Weg aus dieser Krise wird nicht zum alten „Modell Deutschland“ führen, das zumindest die Bundesrepublik seit dem Zweiten Weltkrieg geprägt hat. Dieses Modell, oder der Traum davon, ist zwar immer noch der Referenzpunkt fast aller wirtschaftspolitischen Reden (ich halte den Begriff „soziale Marktwirtschaft“ aufgrund seiner falschen Verwendung bald für das Unwort des Jahres), wird aber nicht zurückkehren. Das „Modell Deutschland“ war geprägt durch das besondere Zusammenspiel von verantwortungsvollen Unternehmern, langfristig denkenden Banken und kooperierenden Gewerkschaften im Kontext eines klar vorgegebenen makroökonomischen Ordnungsrahmens. Heute besteht dieses Zusammenspiel nicht mehr. Die Akteure verhalten sich fundamental anders.

Der allerwichtigste Stützpfeiler dieses Erfolgsmodells war aber die schnell wachsende Wirtschaft. Es ist kein Hexenwerk, eine Wirtschaft in enger Kooperation aller Beteiligten zum Erfolg zu führen, wenn der Kuchen ständig größer wird und Verteilungs-

spielräume bestehen: Löhne können steigen, wenn Gewinne steigen; Sozialleistungen können steigen, wenn immer weniger sie in Anspruch nehmen; Subventionen können fließen, wenn gleichzeitig finanzieller Spielraum für Innovationen besteht.

Die aktuelle Krise wird die Verfügbarkeit öffentlicher Ressourcen drastisch verringern. Damit wird es umso wichtiger, die verfügbaren Ressourcen strategisch richtig einzusetzen. Wer jetzt versucht, durch rückwärtsgewandte Rettungsaktionen das Modell Deutschland wiederzubeleben, verspielt die gestalterische Chance dieser Krise und überlässt die Gestaltung anderen.

Genau das Gegenteil sollte die Zielsetzung der aktuellen Wirtschaftspolitik sein. Es geht darum, Ressourcen dort einzusetzen, wo sie für die Gesellschaft am gewinnbringendsten sind. Natürlich sind das in erster Linie Investitionen in Zukunftsfaktoren wie Bildung und Innovation. Ich meine damit aber keineswegs nur materielle Investitionen: Es geht auch um Impulse und Kreativität, um Werte und Welt-offenheit, um verrückte Ideen und ihre versierte Umsetzung.

Eine der zentralsten Investitionen der Wirtschaftspolitik sehe ich jedoch im Bereich der gesellschaftlichen Geschlossenheit. Ich bin der festen Überzeugung, dass eine in Krisenverlierer und Krisengewinner gesplante Gesellschaft kein Erfolgsmodell sein kann.

Wer sich die Krise zum Vorwand nimmt, um Trennlinien zu ziehen, wird nur kurzfristig Gewinne daraus ziehen. Mittel- bis langfristig zeigt sich, dass es Länder oder Regionen sind, die aufgrund eines dicht und solide geflochtenen gesellschaftlichen Netzwerks Investitionen anziehen und Wachstum hervorbringen.

Mehr Steuern für mehr Integration

Hohe Steuern sind kein Problem, wenn diejenigen, die sie entrichten, sie aus Überzeugung entrichten. Umverteilung ist dann möglich, wenn sie einer gemeinschaftlichen Grundüberzeugung entspringt. Sind solche Sätze Utopien? Ganz sicher nicht. Es gibt auch heute noch zahllose Unternehmen und Einzelpersonen, die bereit wären, deutlich höhere Steuern zu entrichten, wenn damit echte soziale Integration erreicht würde, ein besseres Bildungssystem für zukünftige Generationen geschaffen werden könnte und Deutschland innovativer und zukunftsfähiger gemacht würde.

Leider scheint es uns in der aktuellen wirtschaftspolitischen Diskussion nicht zu gelingen, diese Kombination aus gegenwartsgewandter Solidarität und zukunftsgewandter Perspektive zu vermitteln. Die Diskussion verharrt in Gegensätzen aus krassen Umverteilungsmaximen, die schlicht nicht zukunftsfähig sind. Auf der

anderen Seite werden ebenso krasse Effizienz- und Konkurrenzmaximen diskutiert, deren Beitrag zur gesellschaftlichen Geschlossenheit ebenso indiskutabel sind. Diese Kluft zu überwinden ist die Aufgabe der Wirtschaftspolitik in der Krise. Eine solche Herausforderung ist allein schon kaum zu meistern. Aber sie wird zudem erschwert durch das, was die aktuelle Krise von vielen bisherigen Krisen abhebt.

Einzigartiger Problemdruck

Es handelt sich um die erste wirklich globale Wirtschaftskrise, in der national isolierte Antworten keinen ausreichenden Nährboden mehr haben, um die Krise im Alleingang zu meistern. Die aktuelle Finanzkrise hat uns nicht nur vor Augen geführt, welche Folgen eine Entkopplung von Realwirtschaft und Finanzwirtschaft nach sich ziehen kann: Wenn Volumina und Bedeutung von Finanzanlagen in keinem Verhältnis mehr stehen zu Volumina und Bedeutung der zugrunde liegenden volkswirtschaftlichen Transaktionen, dann sind eine finanzwirtschaftliche Überhitzung, Blasenbildungen und letztlich der Zusammenbruch sowohl des Finanzsystems als auch der zugrunde liegenden Realwirtschaft kaum vermeidbar. Die aktuelle Krise hat uns aber in fast noch stärkerer Form gezeigt, dass eine solche Entkopplung,

wenn sie sich in einem hoch komplexen System globaler Transaktionen vollzieht, der nationalstaatlichen Wirtschaftspolitik ihrer Steuerungsfähigkeit entzieht. Die transnationalen Verflechtungen im globalen Finanzsystem und die aus ihr resultierenden Kettenreaktionen im Krisenfall haben einen ökonomischen Problemdruck hervorgebracht, der in dieser Form historisch wohl einzigartig ist.

Dieser Problemdruck verlangte eigentlich nach einer Verbindung von nationalstaatlichen Ansätzen in einem kohärenten System globaler Wirtschaftspolitik. Doch leider ist eine solche Verbindung aktuell weder möglich, noch wünschenswert. Der Grund dafür ist das in dieser Krise noch ungeklärte Verhältnis von Staat und Markt.

Staat als letzte Instanz

Die aktuelle Finanzmarktkrise wird oft mit einer Renaissance des interventionistischen Nationalstaats in Verbindung gebracht. Diese Ansicht ist gleich doppelt falsch. Denn einerseits entpuppt sich diese Krise bei genauem Hinsehen als das Ergebnis von Kollektivgutproblemen, die aus interessenmaximierenden Haltungen klassischer Nationalstaaten resultieren; und andererseits ist es nicht der interventionistische Nationalstaat, der wiedererstarkt, sondern ein Staat, der sich als Marktteilnehmer letzter Instanz sieht.

Die Rettungspakete vieler Regierungen erscheinen vor allem wie die Fortsetzung des Marktes mit anderen Mitteln. Der Staat agiert zu Beginn des 21. Jahrhunderts nicht gegen den Markt, sondern im Markt. Er tritt als Teilnehmer an Transaktionen auf, die auch von privaten Marktakteuren hätten durchgeführt werden können, aber nicht durchgeführt werden, weil private Marktteilnehmer einer anderen inneren Motivation folgen. Der Staat fungiert als Garant dafür, dass Marktabläufe auch dann noch möglich sind, wenn kein rationaler Marktteilnehmer sie mehr für sinnvoll hält.

Ein neuer Konsens

Durch sein Verhalten weist der Staat darauf hin, dass der Markt für alles einen Preis kennt, nur für die Existenz des Marktes nicht. Bricht der Markt zusammen, dann ist der Preis für den einzelnen Marktteilnehmer höher, als wenn der Markt selbst mit potenziell verlustbringenden Investitionen am Leben erhalten wird. Im Namen des Kollektivs trägt der Staat diese Bürde und investiert das Geld der Bevölkerung in die ökonomische Stabilität.

Nur eines darf nicht übersehen werden: Diese Strategie einer neuen Wirtschaftspolitik würde kläglich scheitern, wenn sie sich auf die nationalstaatliche Perspektive beschränkte. Maßnahmen zur Stärkung des globalen öffentlichen

Guts internationaler Finanz- und Währungsstabilität sind daher von fast noch essentiellerer Bedeutung als die Neuorientierung der Wirtschaftspolitik selbst.

Die internationale Staatengemeinschaft muss zeigen, dass ihre gemeinsame Regierungs-, Regulierungs- und Kooperationskapazität noch ausreicht, um den temporären Exzessen des von ihnen geschaffenen Phänomens freier

Kapitalflüsse noch einigermaßen Herr werden zu können. Vielleicht kann die aktuelle Finanzkrise bei allen zerstörerischen Effekten wenigstens dazu beitragen, einen neuen Konsens auszubilden. Einen Konsens darüber, dass die internationalen Finanzbeziehungen weiterhin im Zentrum der globalen Politik stehen und keine abstrakt gebildete Resultante zahlloser Marktkräfte sein können. ■

PROF. DR. HENRIK ENDERLEIN

ist Professor für politische Ökonomie
an der Hertie School of Governance in Berlin.

Welche Zukunft wollen wir?

DIE ENTSCHEIDENDEN FRAGEN EINER NEUEN WIRTSCHAFTSPOLITIK SIND NOCH NICHT BEANTWORTET
VON **OLAF CRAMME**

Europas Sozialdemokraten und Konservative streiten mit- und untereinander über das richtige Krisenmanagement und eine neue Wirtschaftspolitik nach der Finanzkrise. Ideologische bzw. politische Gewinner sind bisher nicht auszumachen. Dies liegt vor allem daran, dass wirklich entscheidende Fragen bisher außen vor gelassen werden. Die Bürger bleiben somit im Unklaren. Das kann sich rächen.

Die Tragweite der Finanz- und Wirtschaftskrise ist bisher irgendwie schwer zu fassen. Dass sie einen Paradigmenwechsel eingeleitet hat, ist nur schwer zu leugnen. Banken werden verstaatlicht und Bankgeheimnisse gelockert. Konjunkturpakete von bisher nicht vorstellbarer Größe werden geschnürt. Zentralbanken in aller Welt gehen bis ans Äußerste, in dem sie nicht nur historisch niedrige Zinsen auflegen, sondern sogar wieder Geld drucken. Und die internationale Gemeinschaft macht plötzlich ernst mit ihren Drohungen gegen Staaten, die mit sonderbarer Gerichtsbarkeit

Steuerhinterziehung erst ermöglichen. Es scheint also, dass drei Jahrzehnte nach dem Siegeszug des neoliberalen Konsenses eine neue Epoche ökonomischen Denkens eingeleitet worden ist. Doch kohärente wirtschaftspolitische Konzepte sind noch nicht in Sicht.

Ein verwirrendes Bild

Mehr als zehn Jahre ist es nun her, dass der ehemalige britische Premierminister Tony Blair vor der französischen *Assemblée Nationale* ausrief, es gäbe keine linke oder rechte Wirtschaftspolitik, sondern nur eine gute oder schlechte. Ähnliches war auch von Gerhard Schröder zu vernehmen, zumindest in den Anfangsjahren seiner Kanzlerschaft. Sie und fast alle anderen mehr oder weniger erfolgreichen sozialdemokratischen Regierungschefs beugten sich letztendlich der vorherrschenden Meinung führender Ökonomen, die verschiedene Varianten neo-klassischer bzw. angebotsorientierter Wirtschaftslehre als Garant für Wachstum und Wohlstand predigten.

Diese intellektuelle Vorherrschaft ist nun gebrochen. Ökonomen überbieten sich derzeit mit neuen Theorien und Erklärungen im Hinblick auf die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise. Für jeden ist etwas dabei: für diejenigen, die dem „Markt“ schon immer misstraut haben und eine wohltdosierte Rückkehr zur staatlichen Planwirtschaft verlangen. Für solche, die dem Korporatismus des 20. Jahrhundert nachtrauern und in der Transformation des globalisierten Kapitalismus die Wurzel aller Übel sehen. Oder auch für diejenigen, die in den Exzessen des Bankwesens vor allem die Grenzen und Fehlentwicklungen staatlichen Handelns erkennen wollen. Kurzum: Das Feld für eine tiefgreifende wirtschaftspolitische Auseinandersetzung inklusive politischer Alternativen ist aufbereitet. Schaut man aber auf die Debatten der letzten Monate zurück, ergibt sich ein eher verwirrendes Bild.

Da attackiert der konservative französische Präsident Nicolas Sarkozy den konservativen luxemburgischen Premier Jean-Claude Juncker für dessen angeblich zu laxen Einstellung zu Steueroasen. Auf der anderen Seite ereifert sich Sozialdemokrat Peer Steinbrück über den angeblich „krassen Keynesianismus“ der Labour-Regierung in Großbritannien – um gleichzeitig selbst vom linken Nobelpreisträger und Ökonom Paul Krugman scharf für seine angeblich intellektuelle Unbeweglichkeit diffamiert zu werden. Ähnlich äußerte sich auch

der konservative japanische Premier über Kanzlerin Merkel im Vorfeld des letzten G 20-Gipfeltreffens in London. Und so weiter.

Unterschiedliche Temperamente

Auf den ersten Blick könnte man denken, dass sich schon beim Krisenmanagement gravierende Differenzen herausgebildet haben. Bei genauerem Hinschauen wird aber deutlich, dass die Auseinandersetzung eher auf unterschiedliche Temperamente als auf divergierende wirtschaftspolitische Einsichten zurückzuführen sind. Während sich die einen fast ausschließlich auf das Hier und Jetzt konzentrieren, sorgen sich die anderen lieber schon heute über morgen.

BEISPIEL INFLATION: Auch Peer Steinbrück weiß, dass eine Inflationsgefahr erst dann im Verzug ist, wenn die gesamtwirtschaftliche Nachfrage wesentlich schneller wächst als das Angebot. Die Geldmenge allein gibt dafür noch kein Indiz, zumal die Zentralbanken bis zu einer möglichen Auslastung der Kapazitäten bzw. Überhitzung der Wirtschaft genügend Zeit hätten, dem Schuldenmachen und einem Liquiditätsüberfluss entscheidend entgegenzusteuern. Seine Kritik gilt einem undurchdachten Aktivismus, der kein sicheres Entgelt verspricht. Hohes Risiko einzugehen ist eben nicht jedermanns Sache.

BEISPIEL HEDGE-FONDS: Kanzlerin Merkmels und Präsidents Sarkozyss vehemens Eintreten im Kreis der G 20 für eine stärkere Regulierung von Private Equity-Firmen und Hedge-Fonds lässt sich vor allem dadurch erklären, dass sie einerseits das „Fenster der Gelegenheit“ auf dem Höhepunkt der Krise zu durchgreifenden Reformen nutzen, andererseits die Dominanz der Finanzzentren New York und London brechen wollen. Mit der Finanzkrise selbst oder etwa dem Krisenmanagement haben Beteiligungsgesellschaften freilich wenig zu tun.

Insgesamt lassen sich aus den Reaktionen der regierenden Politiker zur Krise noch keine neuen Wirtschaftskonzepte und -philosophien ableiten. Eher hat uns gerade der hohe Grad an Übereinstimmung bisher vor Schlimmerem bewahrt. Staaten in der ganzen Welt haben beherrscht in die Wirtschaft eingegriffen und eine finanzielle Expansionspolitik betrieben. Alte Dogmen wurden überwunden und Richtlinien für Frühwarnsysteme und zukünftige Regulierungsstrukturen der Finanzwirtschaft vereinbart. In anderen Worten: Dem neoliberalen pre 2008-Konsens ist ein makroökonomischer Konsens zur Krisenbewältigung gewichen. Steitereien um die exakte Höhe der Stimulus-Pakete haben mehr mit Unkenntnis der jeweiligen nationalen Situation zu tun, als mit unterschiedlicher Haltung zum keynesianischen Instrumentarium.

Innenpolitisch ist das Bild noch frappierender. In den meisten europäischen Ländern ist eine Situation entstanden, in der Regierung und Opposition, unabhängig der Rechts-Links-Konstellation, sich mehr abstrakt über Wirtschaftskompetenz als über tiefgründige Konzepte streiten. Zugleich hat die Krise zu einer Rückbesinnung fast aller politischen Akteure zu den jeweiligen nationalen Bezugsrahmen in der Wirtschaftspolitik geführt: In Deutschland zum allgemeinen Hochleben der „sozialen Marktwirtschaft“, in Frankreich zum Wiederaufstehen des „Dirigisme“, nachdem Nicolas Sarkozy schon fast auf das angelsächsische Business-Modell aufgesprungen war. Und in Großbritannien zur Neudefinierung des „Entrepreneurialism“, der im Zuge der Fokussierung auf die Finanzwelt einen schwereren Stand hatte – um nur ein paar Beispiele zu nennen.

Offene Entscheidungen

Die meisten Bürger hingegen sind unbeeindruckt. Sie scheinen nicht honorieren zu wollen, dass es doch die „Rechten“ und „Neoliberalen“ sind, die uns durch ihren „Marktfundamentalismus“ die Krise erst eingebrockt haben – so sehr die Linke das auch noch als eigene Leistung verkaufen mag. Zu Recht misstrauen sie dem übergeordneten Krisen-Konsens einerseits, und der aufgeblähten poli-

tischen Auseinandersetzung zu angeblich konträren Wirtschaftsideologien andererseits. Mehr noch: Sie ahnen, dass die wirklich wichtigen und schwierigen Entscheidungen noch nicht getroffen, ja noch nicht einmal richtig diskutiert sind. Zurück bleiben Verwirrung und Orientierungslosigkeit – in Berlin, Paris, London und anderswo.

Es geht um Vertrauen

Genau hier muss die Politik ansetzen, will sie wieder Vertrauen schaffen, das Gesellschaft und Wirtschaft so dringend brauchen. Es geht darum, die Weichenstellungen klar zu benennen und realistische Optionen anzubieten; sowie darüber hinaus wirtschaftspolitische Wege aufzuzeigen, die unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts im allgemeinen, und der aktuellen Rezession im speziellen, Wachstum und Wohlstand und gerechte(re) Verteilung herbeiführen können.

Der Rahmen für das Wirtschaften im kommenden Jahrzehnt ist gesetzt: Fast alle europäischen Länder werden in den nächsten Jahren damit zu tun haben, ihre neuen Haushaltsdefizite wieder in den Griff sowie die Staatsschulden unter Kontrolle zu bekommen. Der globale Wettbewerb wird nicht von heute auf morgen verschwinden, sondern auch weiterhin Druck auf manche Sektoren in unseren Ökono-

mien ausüben. Klimapolitik, sollte sie je ernst betrieben werden, könnte die westlichen Industrieländer zu gravierenden Transformationen zwingen. Und die globalen Ungleichgewichte werden außerdem verzerrend auf die Globalisierung wirken. Der politische Wettstreit um neue Wirtschaftskonzepte sollte also den Anspruch haben, das herauszuarbeiten, was die zukünftige sozio-ökonomische Entwicklung entscheidend prägen wird. Dazu zwei Beispiele:

SCHULDENABBAU VERSUS SCHULDENBEGRENZUNG.

Auch die allermeisten Verfechter des Neo-Keynesianismus wissen, dass im globalen Zeitalter ein gewisser Grad an finanzpolitischer Berechenbarkeit erforderlich ist. Das bedeutet natürlich nicht, dass Schulden machen *per se* negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Stabilität und Glaubwürdigkeit eines Landes haben muss. Entscheidend ist, wie, in welchem Umfang und in welcher Zeitspanne die Mehrausgaben im Aufschwung wieder ausgeglichen werden können. Und vor allem, ob die zusätzlichen Investitionen auf langfristige Erträge angelegt sind oder in der Verteilungsmaschine des Staates unterzugehen drohen. Andere wiederum zweifeln daran, dass die Politik sich überhaupt verpflichten kann, Schulden effektiv abzubauen, oder zumindest so, dass es soziale Verwerfungen ausschließt. Sie fordern deshalb gleich eine Begrenzung.

Kern der Debatte sollte deswegen sein, inwieweit wir zu einem aktivierenden Marktmodell kommen, das mit öffentlichen Investitionen massiv in die Modernisierung unserer Gesellschaft eingreift, sei es in Bezug auf Bildung, Betreuung oder die Erwerbsbeteiligung. Wenn Teile der Investitionen über Neuschulden finanziert werden, braucht es eben auch einen *politischen* Plan zum späteren Schuldenabbau, der wiederum eine Reihe von komplizierten Gerechtigkeitsfragen mit sich bringt.

Sowohl Ausgabenkürzungen als auch der Versuch, höhere Einnahmen (jenseits der symbolischen Reichensteuer) zu erwirtschaften, verlangen unausweichlich eine Priorisierung. Sie erlauben somit der Politik, klare wirtschaftspolitische Positionen zu beziehen sowie Alternativen anzubieten, die für die Bürger auch ersichtlich sind. Wohl gemerkt: die aktuelle Krise hat genau diese Situation schon jetzt herbeigeführt – trotz aller Bestrebungen, Konservative als Steuer- und Abgabensenkungspartei darzustellen sowie Sozialdemokraten als alleinige Beschützer des öffentlichen Sektors. Überzeugend werden dann nur diejenigen sein, die einen gerecht verteilten Schuldenabbau in ein wirtschaftspolitisches Gesamtkonzept einzubinden vermögen.

WACHSTUMSMODELL. Der Zusammenbruch der Finanzwirtschaft ist von vielen Beobachtern mit dem Absturz der angel-

sächsischen Form des Kapitalismus gleichgesetzt worden. Die Wahrheit ist natürlich komplizierter. In vielen OECD-Staaten sind Wachstumsmodelle gescheitert, die noch kurz zuvor kräftige Renditen abgeworfen haben: Sie reichen von Deutschlands Fixierung auf die exportfähige Kernindustrie, die das Land nicht nur übermäßig von der globalen Wirtschaft abhängig gemacht, sondern auch noch die nachteilige Spaltung des Arbeitsmarktes verstärkt hat, bis zu Spaniens einseitiger nachfrageorientierter Wirtschaftspolitik, die ein unhaltbares Auseinanderdriften von Produktivität und Lohnentwicklung bei gleichzeitiger Überhitzung des Immobilienmarktes geradezu forciert hat.

Alte Weisheiten helfen nicht

Will Europa im globalen Zeitalter auch weiterhin den Wohlstand genießen, der nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut wurde, bedarf es dringender neuer Wachstumsmodelle. Derzeit kursierende Vorstellungen, wir könnten wirtschaftliche Stagnation oder etwa Minuswachstum so organisieren, dass jeder daran seinen fairen Anteil trägt, sind abwegig. Gleichzeitig müssen wir eine realistische Einschätzung vornehmen, in wie weit ein *Green New Deal* und eine vor allem auf Umweltschutz ausgerichtete Wirtschaft zu Vermögensbildung und Beschäftigungsausbau beitragen können. So wichtig eine

Politik des Klimaschutzes ist, nachhaltiges Wirtschaften muss auch im Sinne von konstanter Wachstumsprogression bei gerechter Verteilung der Erträge verstanden werden.

In den europäischen Hochlohnländern ist dies hauptsächlich über Produktivitätssteigerung und Innovationen zu erreichen – im verarbeitenden Gewerbe und vor allem in Dienstleistungssektoren, in denen der größte Zuwachs prognostiziert wird. Aber sowohl klassische angebotsorientierte als auch nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik mit ihrem jeweiligen Verständnis von Kapitalakkumulation als Wachstumsmotor scheinen weit hinter dem zurückzubleiben, was notwendig ist, um systematisch und nachhaltig Innovationskraft zu beflügeln.

Ein neues Zusammenspiel von staatlichen Investitionen und Marktdynamik braucht deswegen auch eine neue Gesamtkonzeption ökonomischen Handelns, jenseits von nutzlosen Gegenüberstellungen und *trade offs* wie Staat versus Market oder Effizienz versus Gleichheit.

Die aktuelle Krise scheint für solche Debatten noch keinen Platz gemacht zu haben. Parteien aller Couleur flüchten sich in alte Weisheiten. Paradoxerweise sind es Sozialdemokraten, die so gut wie kaum davon profitieren, sei es in Großbritannien, Frankreich oder Deutschland. Die Bevölkerung ahnt also, dass eine auf die Vergangenheit bezogene Argumentation noch keine gute Politik für die Zukunft ist. Wir müssen es besser können. ■

DR. OLAF CRAMME

ist Direktor des Londoner Think Tanks *Policy Network*.

Warnungen, Wechselbäder und Widersprüche

WAS IN DER SCHWERSTEN KRISE DER NACHKRIEGSZEIT ZU TUN IST
VON **HARALD CHRIST**

Die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise ist nicht nur beispiellos in der elementaren Wucht, mit der sie selbst lange für unbezwingbar geltende Hochburgen des angelsächsischen Kapitalismus in Trümmer gelegt hat. Das gilt genauso für das rasante Tempo, mit dem sie sich ausgebreitet hat, wie für ihre Unberechenbarkeit. Das alles ist dramatisch genug. Wir haben es aber darüber hinaus mit einem Phänomen zu tun, das uns neue Erkenntnisse und auch Konsequenzen aufnötigt: Hier geht es nicht nur um eine Krise, sondern längst auch um ein weltweites Medienereignis, dessen Eigendynamik mittlerweile nicht selten die eigentlichen Anlässe in den Schatten stellt. Zu besichtigen ist die zynische Medienregel „Only bad news are good news“, allerdings mit einer wichtigen (und erfreulichen) Erweiterung und Ergänzung. Mittlerweile zählen auch „good news“, denn die wirtschaftlichen Horrornachrichten haben einen düsteren Horizont entstehen lassen, der inzwischen auch jeden Silberstreif zum Anlass für eine Eilmeldung werden

lässt. Es zeigt sich, und selten so deutlich wie jetzt: Wirtschaft ist eben zur Hälfte Psychologie. Dazu kommt der Mechanismus der *selffulfilling prophecy*, der zum Glück nicht nur in negativer, sondern genauso in positiver Hinsicht wirkt. All das muss man sich bei der Bewertung des ökonomischen Lagebildes vor Augen halten, das uns Tag für Tag in den Zeitungen und den elektronischen Medien präsentiert wird.

Schwarz und Weiß

Das Bild ist so widersprüchlich wie die Befunde und Ratschläge der Wirtschaftsexperten, mit denen sich die in der Verantwortung stehenden Politiker auseinandersetzen müssen. Hier eine kleine Blütenlese von Meldungen, die im April in einem Zeitraum von nur 48 Stunden von den Nachrichtenagenturen veröffentlicht wurden: Das Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim berichtet über eine überraschend deutliche Verbesserung der mittelfristigen Konjunkturerwartungen von Finanzanalysten

und institutionellen Investoren. Auch der bisher besonders gebeutelte deutsche Maschinenbau, das Paradeferd der deutschen Exportwirtschaft, sehe ab Jahresmitte ein Ende der bisherigen Talfahrt, und zwar „in der gesamten Breite des Maschinenbaus“, so der Branchenverband VDMA. Anlass zur Hoffnung bekunden auch die ebenfalls hart getroffenen deutschen Autobauer, jedenfalls auf dem riesigen Zukunftsmarkt China. VW, BMW, Daimler, Audi, Porsche – alle peilen dort Absatzrekorde an. Eher düstere Nachrichten kommen dagegen aus Berlin: Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute diagnostizieren die schwerste Rezession seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und gehen von einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um sechs Prozent aus, wie inzwischen auch die Bundesregierung. Noch schlimmer ist das, was die deutsche Elektroindustrie erwartet. Deren Zentralverband ZVEI rechnet für 2009 mit einem Umsatzrückgang um zehn Prozent. Die Bundesbank sieht in ihrem Monatsbericht für April genauso schwarz: „Im ersten Quartal 2009 hat sich die rezessive Grundtendenz in der deutschen Wirtschaft weiter verschärft“. Pessimistisch ist auch der Chef des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI), Hans-Peter Keitel: „Nichts spricht gegenwärtig für eine rasche Erholung – weder in Deutschland noch anderswo“. Und der Vor-

standschef des BASF-Konzerns, Jürgen Hambrecht, gibt zur Wirtschaftskrise zu Protokoll: „Ich gehe davon aus, dass die schlimmsten Zeiten noch vor uns liegen.“ Das Münchner Ifo-Institut hingegen teilt mit, die Stimmung in der deutschen Wirtschaft habe sich im April verbessert, denn der monatlich unter rund 7.000 Unternehmen erhobene Geschäftsklimaindex, der als das wichtigste Stimmungsbarometer der deutschen Wirtschaft gilt, habe sich deutlich erhöht. Aus den USA hingegen kommen „durchwachsene“ Nachrichten: Die zu den größten US-Finanzhäusern zählende Bank of America verbuchte zum Jahresanfang einen überraschend hohen Milliarden Gewinn. Der vom Staat gestützte Finanzkonzern setzt damit als fünfte Großbank in Folge die Reihe guter Nachrichten aus der amerikanischen Bankenlandschaft fort. Allerdings warnt Konzernchef Kenneth Lewis vor „extrem schweren Herausforderungen“ durch faule Kredite als Folge der Krise.

3 Billionen Euro

Niemand kann heute verlässlich sagen, welche Gefahren der Weltwirtschaft noch aus der amerikanischen Finanzindustrie drohen, zum Beispiel als Folge der „Kreditkartenblase“, von der Wallstreet-Insider meinen, sie sei nicht weniger gefährlich als die „Immobilienblase“. Über vier Billionen Dollar,

das sind über 3 Billionen Euro, hat die Krise nach Berechnungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) bislang an weltweiten Verlusten durch Ramschpapiere und faule Kredite verursacht.

Im Ausnahmezustand

Wende oder Wunschdenken – die Fakten geben keine klare Antwort auf die drängenden Fragen, die diese Krise stellt, so wenig wie die Ratschläge aus der Zunft der „Wirtschaftsweisen“. So widersprüchlich wie deren Prognosen sind auch ihre Rezepte. Unbestritten ist, dass wir es derzeit mit einer „politischen Ökonomie des Ausnahmezustands“ zu tun haben – so der Ökonom Michael Wohlgemut vom Walter-Eucken-Institut in Freiburg. Zur Bekämpfung der Krise werden nach seiner Ansicht Instrumente eingesetzt, die „im Normalzustand aus guten Gründen als nicht markt- oder systemkonform, als wenig verfassungs- oder verhältnismäßig oder auch als schlicht ökonomisch schädlich abgelehnt worden wären“ – wer wollte das bestreiten? Ob dieses Instrumentarium überhaupt geeignet ist, eine solche Jahrhundertkrise zu meistern, könne nur Gegenstand von Spekulationen, aber nicht von Gewissheiten sein. Auch müsse über die langfristigen Folgen der Krise, etwa verschärfte Inflation, Verschuldung oder Investitionshemmung, nachgedacht werden.

Stefan Homburg von der Universität Hannover hingegen möchte in der Finanzkrise „nicht verstaatlichen, sondern entflechten.“ Die eigentliche Ursache der scharfen Rezession liege nicht „in der geplatzten Immobilienblase in den USA und der allgemeinen Kreditklemme“. Tatsächlich habe der Abschwung denselben Grund wie frühere Rezessionen: „Eine Niedrigzinspolitik, gefolgt von einer scharfen monetären Restriktion, die vorübergehend zu einer inversen Zinsstruktur führte“. Deshalb solle man die Lage nicht dramatisieren: „Inverse Zinsstrukturen lösten in der Vergangenheit regelmäßig Rezessionen aus und wurden meist von Finanzmarkturbulenzen begleitet – das ist überhaupt nichts Neues“. Problemfälle wie Hypo Real Estate, Commerzbank, Schaeffler und Opel dienen Homburg zum Beweis für seine These, geordnete Insolvenzen seien staatlichen Beteiligungen deutlich vorzuziehen. Bankeninsolvenzen und Finanzmarkturbulenzen seien eben Bestandteil der Marktwirtschaft wie Angebot und Nachfrage.

Was ist ein öffentliches Gut?

Nach Ansicht des Ökonomen Michael Hüther vom Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln, das den Arbeitgebern nahesteht, muss die Wirtschaftspolitik sich in der Krise vor allem auf die Genesung des Finanzsektors kon-

zentrieren, denn dort liege der Krisenherd. Deshalb sei eine gezielte, zeitlich befristete Enteignung wie im Fall Hypo Real Estate durchaus denkbar: „Damit trüge man dem Verantwortungsgebot des Staates Rechnung, die Stabilität des Wirtschaftssystems als öffentliches Gut zu gewährleisten.“ Im Fall Opel müsse allerdings eine strengere Grenze gezogen werden, denn Industrieunternehmen seien im Gegensatz zu Institutionen des Finanzsektors nicht systemrelevant: „Jeder Eingriff in Unternehmenspolitik macht den Staat zum einseitigen Mitspieler, verändert die Wettbewerbsverhältnisse und hebt die Haftung aus“.

Ein aktiver Staat?

Und schließlich, last but not least, die Ökonomin Astrid Ziegler von der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung, die nachdrücklich für staatliche Krisenintervention plädiert: Ohne eine „aktive Rolle des Staates bei der Krisenbewältigung sowohl im Bankensektor als auch in den industriellen Schlüsselbranchen“ werde über kurz oder lang „ein Dominoeffekt von Banken- und Unternehmenspleiten sowie Massenentlassungen ausgelöst...mit kaum abschätzbaren gesellschaftlichen Folgekosten“. Daher sei ein zügiges Einschreiten des Staates „in allen unternehmensfördernden Facetten“ geboten. Ohne diese staatliche

Intervention würden ganze, international wettbewerbsfähige Branchen wie der Automobil- oder der Maschinenbausektor zusammenbrechen.

Ein Ende nicht in Sicht

Ich habe diese vier Expertenmeinungen hier zitiert, weil sie paradigmatisch sind für das ganze Spektrum der Ratschläge und Forderungen, mit denen die Politik derzeit konfrontiert wird. Es ist ein Wirrwarr der Signale und Konzepte, und das Schlimme daran ist: Ein Ende ist nicht in Sicht. Sollten sich die Horrorprognosen bestätigen, muss eher mit noch mehr Konfusion gerechnet werden. Für die Politik, gleich ob Regierung oder Opposition, liegen darin gleich mehrere Herausforderungen, wie sie nur selten in der Nachkriegszeit zu bestehen waren. Denn es geht nicht nur darum, die derzeitige Krise zu bewältigen und eine Wiederholung zu verhindern, sondern auch um die Beherrschung der Folgen, insbesondere der Inflationsgefahr als Konsequenz aus der gigantischen Liquidität, die jetzt mit den Konjunkturprogrammen in die Weltwirtschaft gepumpt wird.

Was also soll, was kann die Politik tun? Und was die SPD? Ganz konkret: Soll der Staat Opel oder Schaeffler retten, um nur zwei Sanierungsfälle zu nennen? Welche Unternehmen, welche Banken sind „systemrelevant“, und welche nicht? Wer entscheidet darüber, und

nach welchen Kriterien? Für Sozialdemokraten gilt: Im Zweifel für die Arbeitsplätze. Also erwarten wir von der Bundesregierung, dass sie alles in ihrer Macht Stehende tut, um zum Beispiel den Opelanern (mein Vater gehörte auch dazu) die Sorge um die Arbeitsplätze zu nehmen. Zugleich müssen wir uns jedoch vor Augen halten, dass wir es mit einem Problem zu tun haben, bei dem parteiinterne Gremienbeschlüsse und Parteitagsresolutionen leider keine sonderliche Rolle spielen.

Es gibt keinen Königsweg

Das Gefechtsfeld, auf dem die Politik sich hier mit Banken- und Konzernchefs auseinandersetzen muss, hat seine eigenen Regeln, und die sind durchaus nicht immer öffentlich vermittelbar. Öffentliche politische Vorfestlegungen wie die Forderung, die Arbeitsplätze unter allen Umständen und koste es, was es wolle, zu erhalten, sind in der Regel gut gemeint, erschweren aber häufig die Verhandlungen und treiben auch noch die Preise hoch. Die SPD muss dabei auf ihre Minister vertrauen und ihre Arbeit kritisch begleiten. Misstrauen wäre gänzlich unangebracht. Die dramatischen Verhandlungen des „Opel-Gipfels“ im Berliner Kanzleramt kurz vor Pfingsten haben diesen Befund mit einer Härte bestätigt, die so wohl niemand erwartet hat. Zu sagen, auf diesem Terrain würde

mit harten Bandagen gekämpft, wäre wirklich eine Untertreibung. Und was Peer Steinbrück betrifft: Sein Streit mit der Schweiz hat ihm gallige Kritik eingetragen, wohl wahr. Aber in Sachen Opel war seine Standhaftigkeit für die deutsche Verhandlungsposition ganz unverzichtbar.

Jede ehrliche Bestandsaufnahme führt zur Feststellung: Es gibt keinen Königsweg, kein Patentrezept, und deshalb auch keinen parteipolitisch begründbaren Anspruch darauf. Was die Parteien in ihren programmatischen Aussagen zur Krisenbewältigung beitragen, zum Beispiel die SPD im „Hamburger Programm“, beschränkt sich im Wesentlichen auf Problembeschreibungen und vermeidet die Handlungsebene. Das kann angesichts der Unberechenbarkeit dieser Krise kaum anders sein, denn heute gültige Thesen und Therapien können morgen komplett überholt sein.

Ich möchte der Bundesregierung der Großen Koalition ausdrücklich attestieren, dass sie mit den Konjunkturprogrammen und den flankierenden Maßnahmen sachgerecht gehandelt und die richtigen Antworten zum richtigen Zeitpunkt gegeben hat. Der Zeitdruck dabei war enorm, und es verdient festgehalten zu werden, mit welchem Tempo Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat das Erforderliche auf den Weg gebracht haben. Das war eine eindrucksvolle Wider-

legung der so häufig zu hörenden Klagen über den Immobilismus der Politik und die Schwerfälligkeit ihrer Entscheidungsprozesse.

Bürokratie abbauen

Und dennoch gibt es dringenden Handlungsbedarf, und zwar nicht nur auf der Ebene des Bundes. Die Länder und Kommunen sind genau so gefordert. Das beste Konjunkturprogramm hilft nichts, wenn die damit bereitgestellten Finanzmittel nicht, zu spät oder unzureichend am Markt wirksam werden, um die Binnennachfrage zu stützen. Denn darin liegt angesichts der scharfen Rückgänge im deutschen Export, die auf nationaler Ebene kaum zu beeinflussen sind, derzeit unser Hauptproblem. Die Umsetzung der Konjunkturprogramme leidet unter der Überregulierung der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung, die ein beklagenswertes Ergebnis deutscher Regelungswut ist. Wenn die derzeitige Krise zur Entbürokratisierung auf breiter Front führen würde – es wäre schon viel gewonnen. Leisten können wir uns das bürokratische Dickicht schon lange nicht mehr.

Ebenso unerlässlich und dringend ist: Der Interbanken-Geldverkehr muss wieder in Gang gebracht werden. Solange das nicht gelungen ist, wird die Bankenkrise, der eigentliche Herd der Rezession, nicht bewältigt sein. Ich möchte jedoch entschieden davor war-

nen, dass wir uns dabei am Beispiel der Vereinigten Staaten orientieren. Die Administration des neuen Präsidenten Barack Obama setzt auf ein Hilfsprogramm, das eine Kombination von privatwirtschaftlichem und staatlichem Engagement darstellt. Der renommierte Ökonom und Nobelpreisträger Joseph Stiglitz hat dieses Konzept kürzlich untersucht und kam zu dem Ergebnis: Es ist so, wie man es an der Wall Street schon immer gern hatte – gerissen, kompliziert und kaum noch durchschaubar. Nur die Verteilung der Risiken steht fest: Gewinne werden privatisiert, Verluste werden sozialisiert. Keine Partei in Deutschland, schon gar nicht die SPD, könnte sich auf einen solchen Kurs einlassen. Ohnehin wird die Politik insgesamt stärker als bislang darauf achten müssen, dass bei allen Maßnahmen zur Krisenbewältigung die soziale Symmetrie gewahrt bleibt. Ich glaube nicht, dass dies bislang immer gelungen ist.

Zwei Wahrheiten

Unabhängig davon bleiben jedoch zwei vielfach bewiesene Wahrheiten bestehen: Es ist ein Irrtum zu glauben, die Zukunftsvorsorge lasse sich unter allen Umständen sicher gestalten, wenn und solange sie mit Staatsgarantien unterlegt ist. Von dieser Illusion muss die Politik sich verabschieden, auch und gerade die SPD. Die andere Gewiss-

heit, die wir zur Kenntnis nehmen müssen, lautet schlicht: Der Staat taugt nicht viel als Unternehmer, auch nicht als Banker, wie das Desaster der Landesbanken beweist. Aber der Staat hat eine umfassende Verantwortung für die Wirtschaft und die Arbeitsplätze, und die wird ihm von den Wählern auch zugewiesen. Konkret bedeutet das: Der Staat kann auf eine aktive Wirtschaftspolitik nicht verzichten, und deren Instrumentenkasten muss mehr enthalten als nur das Regelwerk für die Rahmenbedingungen. Aktiv bedeutet auch: Intervention bis zur befristeten Verstaatlichung. Den Kritikern, die das für eine ordnungspolitische Todsünde an der Sozialen Marktwirtschaft halten, sage ich: Es geht nicht darum, die Marktwirtschaft auszuhebeln, sondern sie wieder funktionsfähig zu machen.

Ein neues Gleichgewicht

Kein verantwortungsbewusster Politiker, welcher Partei er auch angehören mag, kann sich heute noch auf die ökonomischen Selbstreinigungskräfte des Marktes verlassen, die so eklatant versagt haben. Wir brauchen ein neues Gleichgewicht zwischen Staat und Markt. Ich glaube, die Europäische Union ist auf dem richtigen Wege, wenn sie eine lückenlose Überwachung der Finanzmärkte erreichen will – mit Sanktionsinstrumenten für Steueroasen, mit Kontrollen für Hedgefonds, einem Frühwarnsystem für

Finanzkrisen und einer Beschränkung von Bonuszahlungen für Manager. Wir brauchen neue „Verkehrsregeln“ auf den internationalen Finanzmärkten. Eine Projektgruppe des SPD-Parteivorstands hat dazu mit großer Sorgfalt gute Vorschläge erarbeitet. Wir müssen dahin kommen, mögliche Krisenherde frühzeitig zu identifizieren und ihre Auswirkungen besser in den Griff zu bekommen.

Ich möchte mich hier auf die wichtigsten Vorschläge der SPD-Projektgruppe beschränken. Die Finanzinstitute sollen danach zu einer höheren Liquiditäts- und Eigenkapitalvorsorge verpflichtet und zugleich strengeren Bilanzierungspflichten unterworfen werden. Es geht vor allem darum, dass Risiken künftig eindeutig in den Bilanzen der Finanzinstitute ausgewiesen und nicht mehr, wie bislang üblich, in Zweckgesellschaften ausgelagert werden. Weiter schlägt die SPD-Projektgruppe vor, die Beratungstätigkeit der Rating-Agenturen zu reduzieren und ihre Tätigkeit zu kontrollieren. Auch Hedge-Fonds und Private Equity-Fonds sollen effektiver kontrolliert und reguliert werden. Das betrifft insbesondere die Pflichten zur Offenlegung der Vermögens- und Eigentümerstruktur und verstärkte Aufklärungspflichten hinsichtlich der Risiken für Anleger. Vor allem aber, und das ist vielleicht der wichtigste Vorschlag der SPD-Projektgruppe, soll die nationale und

supranationale Zusammenarbeit aller Aufsichtsbehörden in der EU-Bankenrichtlinie verankert werden.

Banken müssen aufräumen

Voraussetzung für eine Überwindung der Krise ist, dass eine starke und vor allem einige Staatengemeinschaft die für notwendig erachteten Regeln auch tatsächlich durchsetzt und global operierende Organisationen wie den Internationalen Währungsfonds mit strengen Kontrollen beauftragt. Für die Bundesrepublik ergibt sich aus Wucht und Ausmaß der Finanzkrise auch die Notwendigkeit, ihr Bankensystem zu überprüfen. Ich plädiere dafür, die dreigliedrige, ausgeprägt dezentrale deutsche Bankenstruktur aus Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Geschäftsbanken beizubehalten, weil sie sich bewährt hat. Der Landesbankensektor sollte konsolidiert und die Zahl der Institute reduziert werden – und zwar mit einem Geschäftsmodell, das dem Kernauftrag der Landesbanken entspricht. Das Geschäft als *global player* mit hochspekulativen Finanzprodukten gehört mit Sicherheit nicht dazu – das sollten wir aus der Krise gelernt haben. Eine Situation, wie sie gegenwärtig bei der HSH Nordbank zu besichtigen ist, in der deren „toxische“ Papiere womöglich über das politische Schicksal ganzer Landesregierungen entscheiden können, ist unerträglich und muss beendet werden. Eines der Instru-

mente dafür ist die Auslagerung solcher Papiere in eine „Bad Bank“ um so den Interbanken-Geldverkehr wieder in Gang zu bringen. Nach meiner Überzeugung ist die Einrichtung solcher „Bad Banks“ nicht zu vermeiden. Nur muss man sich darüber im Klaren sein, dass es sich dabei um finanzielle Giftmülldeponien handelt, und genau so, als Gefahrenherd ersten Ranges, müssen sie behandelt und – konkret gesagt – kontrolliert werden. Die Krise ist vom Finanzsektor ausgegangen, und deshalb ist es nicht mehr als recht und billig, wenn vor allem die Banken an den Kosten für die Rettungs- und Aufräumarbeiten beteiligt werden, und zwar zu Lasten künftiger Dividenden und Gewinne, und eben auch mit vorübergehenden Konsequenzen für die Eigentümerstruktur.

Eine Schutzmacht für die Kleinen

Das große und gefährliche Problem dieser Krise besteht nach wie vor in der misstrauischen Ungewissheit darüber, wie sie sich entwickeln wird – eine Ungewissheit, die kein Konjunkturforscher, kein Börsenguru, kein Top-Banker, und schon gar kein Finanz- oder Wirtschaftsminister beseitigen kann. Gleichwohl steht die Politik unter Handlungsdruck, und das zu Recht. In einer solchen Situation kann verantwortliche Politik sich keinesfalls an jene Lebensregel halten, die besagt: Wenn man unschlüssig über

das ist, was getan werden muss, tut man am Besten zunächst gar nichts und wartet ab. Ein solcher Attentismus wäre fatal und auch nicht durchzuhalten. Das Gegenteil, wilder Aktionismus, wäre genauso schädlich. Ich plädiere für einen Mittelweg – nicht sogleich ein drittes Konjunkturprogramm aufzulegen, sondern erst einmal dafür zu sorgen, dass die bisherigen Maßnahmen „greifen“. Vor allem aber: Wir brauchen Deregulierungsschneisen durch unser Regelungsdickicht – und das nicht nur zur Bewältigung der jetzigen Krise, sondern mindestens genau so, um für den nächsten Aufschwung gerüstet zu sein.

Deutschland hat unverändert enorme Chancen im Wettbewerb der großen Wirtschaftsnationen. Aber wenn wir sie nutzen wollen, müssen wir entschlossen Infrastruktur, Bildungswesen und den gesamten Staatsapparat modernisieren. Die Aufgabe, vor der wir stehen, ist zweifacher Natur: Wir müssen die Krise bewältigen, und zugleich die darin liegenden Chancen nutzen, um die Zukunft zu gewinnen. Diese Herausforderung betrifft alle Parteien. Die SPD aber hat dabei eine besondere Verantwortung. Die Sozialdemokratie muss sich als Schutzmacht der kleinen Leute bewäh-

ren. Die SPD muss dafür sorgen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die jetzt ihren Beitrag leisten, damit die Unternehmen durch die Krise kommen, nicht leer ausgehen, wenn die Zeiten sich wieder bessern. Ich halte überhaupt nichts davon, das Gespenst sozialer Unruhen heraufzubeschwören. Das würde den Realitäten nicht gerecht und wäre überdies gänzlich kontraproduktiv, weil es Ängste weckt, die den politischen Gegnern der SPD in die Hände arbeiten.

In dieser schweren Zeit gibt es in unserem Land ein erstaunliches und erfreuliches Maß an Gelassenheit und solidarischer Entschlossenheit, die Krise gemeinsam durchzustehen. Das betrifft die Belegschaften in den Unternehmen, ihre Betriebsräte, die Unternehmensleitungen und auch die Gewerkschaften, die keinesfalls Öl ins Feuer gießen. Das sind Leute, die etwas zustanden bringen wollen. Mein Rat an die SPD ist, sich in ihren Forderungen auf das zu konzentrieren, was realistisch und wirklich durchsetzbar ist, und das mit aller Energie in Angriff zu nehmen. Alles andere, Gespenster wie Luftschlöser, können wir Sozialdemokraten getrost anderen überlassen. ■

HARALD CHRIST

ist Vorstandsvorsitzender der Christ Capital AG
und ehemaliger Schatzmeister der SPD Hamburg.

Die Krise ist schon lange hier

NICHT DIE FINANZ- SONDERN EINE POLITISCHE
VERTRAUENSKRISE IST SCHULD AN UNGARNS PROBLEMEN
VON **GEREON SCHUCH**

Marketingagenturen wären glücklich. Klagen die neuen EU-Staaten in Mitteleuropa in den letzten Jahren oftmals über eine mangelnde Wahrnehmung durch das alte Westeuropa, ist Mittel- und Osteuropa gegenwärtig – wenngleich reichlich undifferenziert – in aller Munde. Besonders Ungarn hat den Sprung in die Wirtschaftsressorts der internationalen Presse geschafft. Allerdings nicht so, wie sich das die Marketingstrategen gewünscht hätten. Niemand redet mehr vom Musterschüler der Transformation, sondern sorgenvoll blicken wir auf den wirtschaftlichen Niedergang an der Donau.

Nah am Bankrott

Ungarn ist zweifelsohne in einer Krise. Aber der erste Blick täuscht und die in den Schlagzeilen der internationalen Presse gezogenen Kausalitäten greifen zu kurz. Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise ist nicht ursächlich für die katastrophale Lage in diesem

Land verantwortlich – sie lässt sie nur in einem so dramatischen Maße deutlich werden.

Infolge der weltweiten Finanzkrise zogen viele Anleger ihr Kapital vom ungarischen Finanzmarkt ab. Die Kurse an der Budapester Börse stürzten ab. Zwar senkte die Ungarische Nationalbank den Leitzins, doch der Handel mit Staatsanleihen kam zum Erliegen und der ungarische Forint fiel gegenüber dem Euro auf ein Rekordtief. Da die ungarischen Banken überwiegend von westlichen, insbesondere österreichischen Mutterhäusern abhängig sind, und auch diese ihr Kapital abzogen, geriet Ungarn in erhebliche Liquiditätsengpässe. Viele Privathaushalte, die in der Vergangenheit günstige Fremdwährungskredite, zumeist in Euro oder Schweizer Franken, aufgenommen hatten, standen vor einer gigantischen Schuldenspirale. Das Land schien in den wirtschaftlichen Zusammenbruch zu schlittern. Erst ein Hilfspaket des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und

der EU über 20 Milliarden Euro bewahrte das Land Ende Oktober 2008 vor dem Bankrott.

Der ungarische Staat hat international seine Kreditwürdigkeit verloren; infolgedessen wurde seine Bonitätseinstufung auf BBB – herabgesetzt, mit weiterhin negativem Ausblick. Was passiert da „im Osten“? Gerade in Deutschland, wo ein – kaum erklärbares – positives Bild von Ungarn verbreitet ist, war man überrascht, wie heftig sich die Wirtschaftskrise dort auszuwirken schien. In einem Gespräch versuchte ein hoher ungarischer Beamter zu „beruhigen“: „Wieso *aktuelle* Krise? – Die Krise ist schon lange hier, das Ausland hat es nur noch nicht gemerkt!“

Der Gegner ist ein Feind

Denn der genaue Blick auf Ungarn zeigt: Nicht toxische Papiere bedrohen den Budapester Finanzmarkt, sondern eine vergiftete gesellschaftliche Atmosphäre destabilisiert die parlamentarische Demokratie. Nicht Banken sind an der Donau zusammengebrochen, sondern der gesellschaftliche Grundkonsens über die Regeln der Demokratie scheint brüchig. Die Bereitschaft zum politischen Kompromiss ist in den letzten Jahren verloren gegangen – und das hat auch nachhaltig das Vertrauen in den Finanzmarkt Ungarn erschüttert.

Wie wohl kein anderes Land in Mitteleuropa ist Ungarn politisch polarisiert

und gesellschaftlich gespalten. Dies zieht sich durch alle Bereiche des öffentlichen Lebens, das von der simplen Teilung in „rechts“ und „links“ geprägt ist. Es ist der Kampf gegen angebliche Kommunisten oder gegen angebliche Nationalisten – je nachdem, auf welcher Seite des Grabens man steht. Der politische Gegner ist ein politischer Feind, das politische Bekenntnis wird zum Koordinatensystem zwischen „Gut“ und „Böse“. Ihre Verortung findet diese Spaltung in den beiden großen Parteien, dem nationalkonservativen „Ungarischen Bürgerbund“ (Fidesz) und der „Ungarischen Sozialistischen Partei“ (MSZP). Folge dieser Dichotomie ist, dass es dazwischen keine relevanten politischen Kräfte geben kann: Das konservative „Ungarische Demokratische Forum“ (MDF) versucht zwar nach Jahren der Allianz mit Fidesz wieder seine Eigenständigkeit zu betonen, wird aber weiterhin als Teil des „rechten Lagers“ verstanden, wogegen der „Bund der Freien Demokraten“ (SZDSZ) als langjähriger Koalitionspartner der Sozialisten dem „linken Lager“ zugerechnet wird. So einfach ist Politik in Ungarn. Parlamentarische Koalitionen über diese Demarkationslinie hinweg sind undenkbar. In den beiden Parteiführern fand die politische Polarisierung und gesellschaftliche Spaltung des Landes ihre Inkarnation. Der MSZP-Vorsitzende Ferenc Gyurcsány, ehemaliger KP-Funktionär und heute einer der reichs-

ten Männer des Landes, und Fidesz-Chef Viktor Orbán, ehemals liberaler Regimekritiker, verkörpern die unüberbrückbaren Gegensätze zwischen postsozialistischer „linker“ Wirtschaftselite und populistischem „rechten“ Nationalkonservatismus. Ähnlich sind sich beide nur darin, dass sie der Bevölkerung immer wieder suggeriert haben, der Wohlstand werde – unter ihrer Führung – weiter steigen und Ungarn werde endlich zum ersehnten wohlhabenden Westen gehören.

Die Elite führte in den Ruin

In weiten Teilen der Öffentlichkeit herrscht heute kein Bewusstsein, dass Ungarn in den vergangenen Jahren über seine Verhältnisse gelebt hat; der steigende Lebensstandard wurde oft durch Kredite finanziert. Hochgeschraubt wurde diese Spirale durch unverantwortliche Wahlversprechen beider politischer Lager, die nach gewonnener Wahl von der jeweiligen Regierung auch bedenkenlos umgesetzt wurden. Die politische Elite führte das Land damit in den Ruin. Hatte Lajos Bokros, Finanzminister der sozialistisch-liberalen Regierung von Gyula Horn, den Haushalt Mitte der neunziger Jahre – gegen erhebliche gesellschaftliche Widerstände – durch radikale Sparmaßnahmen deutlich saniert, wurde von den nachfolgenden Regierungen wenig Rücksicht auf das Haushaltsdefizit genommen. Ihren vor-

läufigen Höhepunkt fand diese Entwicklung 2006. Angesichts eines prognostizierten Haushaltsdefizits von über 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zog die im April 2006 im Amt bestätigte sozial-liberale Koalition die Notbremse, ergriff radikale Sparmaßnahmen und strich staatliche Förderungen. Infolgedessen stiegen die Preise für Gas und Strom, die Krankenkassenbeiträge wurden erhöht, Einkommens- und Mehrwertsteuer angehoben. Die – dringend notwendige – Reform des Gesundheits- und Bildungswesens wurde angegangen. Zwar gelang es der Regierung, das Defizit für 2006 auf „nur“ 9,3 Prozent zu begrenzen. Doch bei der Bevölkerung stießen die Sparmaßnahmen auf heftigen Widerstand, es kam zu Protesten.

Kein Konsens mehr

Die konservative Opposition setzte sich an die Spitze dieser Bewegung, bekämpfte das Sparprogramm und forderte die Einhaltung der großzügigen sozialliberalen Wahlversprechen – wohl wissend, dass der ungarische Haushalt mit dem Rücken zur Wand stand. Fidesz nutzte den einsetzenden Wahlkampf der im Oktober 2006 stattfindenden Kommunalwahlen, um sie zu einem Referendum über die Regierung zu stilisieren. Oppositionsführer Viktor Orbán begann, die Massen zu mobilisieren und den gesellschaftlichen Grundkonsens der parlamentarischen

Demokratie zu destabilisieren: Eine Niederlage der Koalitionsparteien bei den Kommunalwahlen ziehe nach sich, dass die – im April (!) gewählte – Regierung „illegitim“ sei und zurücktreten müsse.

Der Aufstand

In Budapest herrschte explosive Stimmung. „Das Land steht vor einem Aufstand“, kommentierte damals eine ungarische Politologin. Sie sollte Recht behalten und musste gar nicht lange warten: Am 17. September 2006 wurden Auszüge einer nichtöffentlichen Rede Gyurcsánys bekannt, die dieser am 26. Mai des Jahres – nach der gewonnenen Parlamentswahl – vor internen Parteigremien gehalten hatte. Darin gab er zu, vor den Wahlen der Öffentlichkeit die tatsächliche desolante Wirtschaftssituation verschwiegen zu haben. Die Bevölkerung, gegenüber der sich der Ministerpräsident nun als verantwortungsvoller Haushaltssanierer präsentierte, fühlte sich zynisch verhöhnt und betrogen. Bei vielen Menschen brach das Vertrauen in die Politik zusammen und die Demokratie erlitt einen nachhaltigen Schaden. Noch am gleichen Abend fanden sich erboste und enttäuschte Bürger zu spontanen Demonstrationen zusammen, die am folgenden Tag auf rund 10.000 Personen anwuchsen und den Rücktritt des Ministerpräsidenten forderten. Es kam zu gewaltsamen Aus-

einandersetzungen, eine Gruppe aus Hooligans und Rechtsradikalen stürmte das Fernsehgebäude, das trotz Polizeiaufgebot angezündet und geplündert wurde. Das dem Fernsehgebäude gegenüber gelegene zentrale Denkmal für die gefallenen Sowjetsoldaten des Zweiten Weltkriegs wurde stark beschädigt. Die Opposition nutzte die Dynamik dieser Ereignisse und ließ sich auf ein Spiel mit dem Feuer ein, das bis heute schwelt und den gesellschaftlichen Grundkonsens der parlamentarischen Demokratie langsam auszuräuchern droht: Fidesz mobilisierte die Straße gegen das Parlament und verließ fortan den Plenarsaal, wenn der Ministerpräsident sprach.

Harte Konsolidierung

Nach der für die Regierungskoalition verlustreichen Kommunalwahl am 1. Oktober stellte Orbán dem Ministerpräsidenten ein 72-stündiges Rücktrittsultimatum, andernfalls werde man die Absetzung der Regierung durch fortdauernde Demonstrationen erzwingen. Orbán versuchte, eine Massenbewegung gegen die Regierung zu erreichen. Es unterblieb eine klare und konsequente Abgrenzung gegenüber gewaltbereiten Randalierern und Rechtsextremen, deren Symbole allgegenwärtig waren. Geschickt wurden dabei Ende Oktober die Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag des Volksaufstandes von 1956 instrumentalisiert: Noch immer seien, so Fidesz, die

Kräfte an der Macht, die damals den Aufstand niedergeschlagen hätten. 1989 habe keine Wende stattgefunden – sie müsse endlich herbeigeführt werden. Die von Orbán betriebene Verlagerung der politischen Auseinandersetzung vom Parlament auf die Straße führte international jedoch eher zu einer Stärkung der Regierung Gyurcsány, die sich als Garant der öffentlichen Ordnung darstellen konnte. Der Ministerpräsident dachte nicht daran, sein Amt aufzugeben und führte mit einer durch den Druck von Außen eher disziplinierten Regierungskoalition sein Sparprogramm weiter.

Es gelang der Regierung zwar in den folgenden Monaten, das dramatische Haushaltsdefizit des Vorjahres bis Ende 2007 auf rund 5 Prozent zu reduzieren. Allerdings gingen auch die Reallöhne um fast fünf Prozent zurück. Die Preise stiegen 2007 im Vergleich zum Vorjahr um fast 8 Prozent, die ungarische Wirtschaft befand sich auf einer Talfahrt: Das Wachstum fiel von 4,1 im Jahre 2006 bis Ende 2007 auf knapp über ein Prozent. Dieser wirtschaftliche Niedergang führte bei breiten Bevölkerungsschichten zu einer Vermischung von verklärender Nostalgie an den „Gulaschkommunismus“ der Vorwendezeit mit diffusen Globalisierungängsten. Und aus diesen Ängsten ließ sich politisches Kapital schlagen. Der einzelne Bürger fühlte sich als Opfer. Als Opfer der Banken, deren Fremdwährungskredite er nun

kaum noch decken konnte. Als Opfer der ausländischen Konzerne, die nach der Wende die maroden Staatsbetriebe aufgekauft haben und nun massenhaft Arbeitsplätze strichen. Als Opfer des Kapitalismus, der nicht zu bieten scheint, was von ihm erhofft wurde.

Eine neue Regierung

Fidesz griff diese Stimmung auf und verknüpfte die moralische Verurteilung des Ministerpräsidenten mit dem politischen Kampf gegen sein Haushaltskonsolidierungsprogramm. So initiierte Orbán im Frühjahr 2008 ein Referendum gegen die Reform des Gesundheits- und des Bildungswesens – wohl wissend, dass beide Bereiche dringend reformbedürftig waren. Es ist wenig verwunderlich, daß die Bevölkerung am 9. März 2008 bei einer Wahlbeteiligung von über 50 Prozent mit über 80 Prozent für die Abschaffung der Krankenhaustagegebühren, der Praxisgebühren und der Studiengebühren stimmte. Zum 1. April 2008 nahm die Regierung die Reformen zurück. Fidesz war es gelungen, das bei breiten Bevölkerungsschichten aus dem Kommunismus übernommene Verständnis anzusprechen, soziale Gerechtigkeit definiere sich durch kostenfreien Zugang zu sozialen Leistungen.

Der wirtschaftliche und politische Druck der globalen Krise, die Ungarn in einer politisch instabilen und wirtschaftlich geschwächten Phase stark

belastet, zermürbte schließlich auch Ministerpräsident Gyurcsány. Seit 2004 regierte er, anfangs in Koalition mit den Liberalen. Nachdem die Liberalen im April 2008 infolge des verlorenen Referendums und der Rücknahme weiterer Teile der Gesundheitsreform aus der Regierung ausgetreten waren, führte Gyurcsány eine Minderheitsregierung. Am 23. März 2009 erklärte er überraschend seine Bereitschaft zum Rücktritt und legte kurz danach auch den Parteivorsitz nieder. Damit war Orbán nun der direkte Gegenspieler abhanden gekommen, aus dessen Bekämpfung er bislang seine Popularität bezog.

In einem konstruktiven Misstrauensvotum wurde am 14. April 2009 mit den Stimmen der Sozialisten und der Liberalen der bisherige Wirtschaftsminister Gordon Bajnai neuer Ministerpräsident einer so genannten „Expertenregierung“. Er gilt als enger Vertrauter seines Vorgängers, ist weder Parteimitglied noch gehört er dem Parlament an. Die Bezeichnung „Expertenregierung“ suggeriert eher fachliche Expertise denn politische Verantwortung der Parteien. Doch auch die „Expertenregierung“ braucht die Unterstützung und die Stimmen der Parlamentarier – und bekommt sie von den bisher regierenden Sozialisten und dem ehemaligen liberalen Koalitionspartner. Das erstaunt nicht, denn die meisten Kabinettsmitglieder gehörten der bisherigen Regierungspartei an bzw. stehen ihr nahe. Die

„Expertenregierung“ ist damit weder Neuanfang noch Kontinuität, dennoch profitieren alle im Parlament vertretenen Parteien: Allen voran die Sozialisten, denn sie bleiben, wenn auch weniger sichtbar, an der Macht. Und da sowohl für die Liberalen als auch für das konservative „Ungarische Demokratische Forum“ der Wiedereinzug ins Parlament mehr als ungewiss ist, spielen auch sie dieses Spiel mit. Ebenso der Fidesz, denn je länger eine von ihm nicht unterstützte Regierung im Amt ist, desto höher wird Orbáns Sieg bei den nächsten regulären Parlamentswahlen im Frühjahr 2010 sein.

Rechtsextreme als Partner?

Viktor Orbán lehnte – obwohl er sich früher aus taktischen Gründen anders lautend geäußert hatte – die Bildung einer parteiübergreifenden Regierung und die Unterstützung eines gemeinsamen Kandidaten strikt ab. Wenngleich mit Gyurcsánys Rücktritt die Hauptforderung der Opposition erfüllt war, hat sich Orbán im politischen Grabenkampf mittlerweile derart festgefahren, dass eine parteiübergreifende Verständigung – sofern sie denn jemals wirklich gewollt war – vom rechten Lager als Verrat gedeutet würde. Der Fidesz lässt sich dazu auf ein gefährliches Spiel mit dem Feuer ein: Der rechte Rand soll eingebunden und eine Spaltung des „bürgerlichen“ Lagers verhindert wer-

den, um eine eigene überwältigende Mehrheit zu erzielen und nach den Wahlen nicht auf einen rechtsextremen Koalitionspartner angewiesen zu sein, der national wie international eine unangenehme politische wie mediale Wahrnehmung auf sich ziehen würde.

Schlechte Aussichten

Orbán versucht sich so in der Franz-Josef-Strauß-Taktik: Den rechten Rand rhetorisch bedienen, politisch einbinden und dann aufsaugen und dominieren. Doch die immer mehr an Popularität gewinnende rechtsextreme Partei „Jobbik“ (ein im Ungarischen doppeldeutiger Begriff = die Rechten, die Besseren) hat in letzten Wahlumfragen knapp die 5 Prozent-Hürde übersprungen. Und auch die „Ungarische Garde“, eine rechtsextreme Bewegung, die sich als „Bürgerwehr“ versteht und ihre Uniformen an die der ungarischen Faschisten der vierziger Jahre anlehnt, sorgt im In- wie Ausland immer wieder für Schlagzeilen. Die eigentliche Gefahr geht jedoch nicht von der relativ kleinen Gruppe Rechtsextremer aus, sondern vom schleichenden Einzug des Rechts extremismus in den öffentlichen politischen Diskurs, von seiner zunehmenden Salonfähigkeit und gesellschaftlichen Etablierung.

Der neue Premier Bajnai steht vor keiner beneidenswerten Herausforderung. Hatte die Regierung Ende 2008

für das Folgejahr noch ein Wirtschaftswachstum von 3 Prozent kalkuliert, wird mittlerweile eine Rezession von mehr als 6 Prozent erwartet. Um das Haushaltsdefizit an der symbolischen 3 Prozent-Marke des Bruttoinlandsprodukts zu halten, sind angesichts der infolge der nachlassenden Wirtschaftsleistung zurückgehenden staatlichen Einnahmen massive Ausgabenkürzungen notwendig. Hierzu hat Bajnai dem Parlament ein umfangreiches Sparpaket vorgelegt, das mit den Stimmen der Sozialisten und Liberalen angenommen wurde. Zum 1. Juli 2009 werden die 13. Monatsrente und das 13. Gehalt der öffentlichen Bediensteten gestrichen. Das Rentenalter wird schrittweise von 62 auf 65 Jahre angehoben, die Mehrwertsteuer steigt um fünf auf 25 Prozent, Subventionen für Gas und Strom werden weiter gekürzt. Sozialleistungen für Familien bzw. Mütter werden ebenfalls beschnitten und die Wohnbauförderungen gestrichen. Zum Ausgleich sollen die Sozialabgaben sinken und niedrige Einkommen sowie Grundbedarfsgüter schwächer besteuert werden. Zum Beginn des nächsten Jahres wird eine neue Immobiliensteuer eingeführt.

Für die Menschen in Ungarn stehen keine leichten Zeiten bevor. Bajnai selbst sprach von einem für alle schmerzhaften Programm. Außerdem steht er international unter Druck und hat nur begrenzten Handlungsspielraum, denn Ungarn hat sich bei den Verhandlungen für den

internationalen Notkredit zu weit reichenden Konsolidierungsmaßnahmen verpflichten müssen. Doch Orbán attackiert die Pläne der Regierung aufs Heftigste und verspricht, nach einem Wahlsieg sämtliche Spar- und Steuermaßnahmen wieder zurückzunehmen. Ein eigenes solides Haushaltskonsolidierungsprogramm hat Fidesz allerdings bislang nicht präsentiert, auch bleibt unklar, wie ohne Belastung der Privathaushalte die Auflagen des Finanzhilfepakets erfüllt werden sollen. So einfach kann Oppositionsarbeit sein.

Ob das umfangreiche Reformprogramm der Übergangsregierung nachhaltige Wirkung erzielen wird, ist mehr als fraglich – denn Gordon Bajnai bleibt nicht viel Zeit. Im nächsten Frühjahr stehen Neuwahlen an, Ende des Jahres wird der Wahlkampf beginnen, und das „Expertenkabinett“ hat nach eigenem Bekunden gegenwärtig keine über den Wahltag hinausgehenden politischen Ambitionen. Damit verliert Ungarn in den nächsten Monaten kostbare Zeit. Genau aus diesem Grund hat Staatspräsident László Sólyom nach der Rücktrittsankündigung Gyurcsánys

umgehend Neuwahlen gefordert. Nur so könne eine stabile neue Regierung gebildet werden, die dann für eine reguläre Legislaturperiode handlungsfähig sei. Sein Wunsch fand jedoch kein Gehör.

Viktor Orbán sieht nun seine große Stunde kommen, die lang beschworene „Wende“ scheint in greifbarer Nähe. Umfragen prognostizieren Fidesz gegenwärtig eine Zweidrittelmehrheit im Parlament. Die Sozialisten, so Orbán, hätten das Land in den vergangenen sieben Jahren zugrunde gerichtet und würden dafür bei den nächsten Wahlen politisch und anschließend von der neuen Regierung juristisch zur Verantwortung gezogen. Dann wird das Spiel weitergehen, nur mit geänderten Rollen.

Auch wenn 2010 der wirtschaftliche Aufschwung nach Europa zurückgekehrt sein sollte, solange im politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess der Kompromiss als Schwäche empfunden, als Niederlage dargestellt und als Verrat bekämpft wird – solange wird die Krise in Ungarn bleiben. Und dort fühlt sie sich seit längerem sehr wohl. ■

DR. GEREON SCHUCH

ist Programmleiter am Zentrum für Mittel- und Osteuropa
bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik.

Gibt es einen dritten Weg?

NUR MIT REFORMEN LÄSST SICH DIE FINANZ- UND SYSTEMKRISE ÜBERWINDEN
VON **EDGAR MOST**

Der Fall der Mauer, die Freigabe der DDR durch Gorbatschow und die Veränderungen in der DDR („Wir sind das Volk“) machten 1990 die Wiedervereinigung möglich. Die Veränderungen in der Sowjetunion und bei ihren Verbündeten führten zum Zusammenbruch des Ostblocks und zu dessen Ende. Durch die nunmehr offenen Kapitalmärkte entwickelte sich die Globalisierung mit ihren positiven wie negativen Folgen überproportional schnell. Die sprunghafte Weiterentwicklung des elektronischen Medientransfers schaffte dafür die technische Grundlage.

Die Weltwirtschaft und ihre Institutionen waren auf diese globale Entwicklung ebenso wenig vorbereitet wie die Deutschen auf ihre Wiedervereinigung. Mittlerweile ist das entfesselte Weltfinanzsystem – für alle offensichtlich – an seine Grenzen gestoßen. Führende Wissenschaftler und Analytiker warnen eindringlich vor einem Kollaps.

Eine Hauptursache ist, dass keine gesetzlichen Regelungen bezüglich Deregulierung und Selbstregulierung des Marktes existieren. Im Wettbewerb der Nationen und Regionen bedarf es

jedoch einheitlicher Normen und Regeln. Der weltweite Kapitalverkehr hingegen ignoriert staatliche Grenzen und Regeln weitgehend. Im Standortwettbewerb der Staaten bilden Steuerhinterziehung und Steuerumgehung eigene Geschäftsfelder. Die schwindenden Steuereinnahmen müssten durch Besteuerung globaler Transaktionen kompensiert werden.

Kurz vor dem Zusammenbruch

Eine Folge dieses Prozesses ist, wie sich bereits deutlich zeigt, die Umverteilung von Einkommen und Vermögen von unten nach oben – von vielen zu wenigen, von Personen zu Kapitalinstitutionen. Hinzu kommen, sowohl national als auch international, Einschränkungen des sozialen Ausgleichs, ein Anwachsen der Inflation und damit eine weitere Konzentration des Reichtums.

Wir alle wissen, dass nicht alle Menschen Zugang zu diesen Systemen haben. Etwa eine Milliarde Menschen hat kein Dach über dem Kopf, keinen Zugang zu Trinkwasser, Medikamenten, Bildung. Diese Menschen müssen von weniger als einem Dollar pro Tag

leben. Die Hälfte der Menschheit – 3,5 Milliarden – lebt von weniger als zwei Euro pro Tag. Jedes Jahr sterben fast elf Millionen Kinder unter fünf Jahren. Armut ist die schlimmste Krankheit. Sie muss durch ein neues Weltfinanzsystem besiegt werden. Das bedeutet, dass sich die Zinsen für Entwicklungshilfen gegen Null entwickeln und alle Zinseszinserscheinungen abgeschafft werden müssen. Der Zins ist zugleich Schmiermittel und Krebsgeschwür für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Auch in Deutschland nimmt die Bedeutung ergänzender – alternativer, regionaler, produktbezogener – Währungssysteme zu, mit denen man sich punktuell vor Weltfinanzkrisen schützen kann. Diesem Thema müssen wir zukünftig mehr Beachtung schenken.

Mit der derzeitigen Finanzkrise sind wir lediglich knapp am totalen Zusammenbruch vorbeigeschrammt, wobei wir die Krise nicht als überwunden ansehen dürfen, solange die Grundprämissen einer Übereinstimmung von Finanz- und Realwirtschaft nicht erreicht sind. Leider wird über dieses Thema in den Krisenberatungen nicht diskutiert. In ihrem Buch *Weltfinanzsystem am Limit* weisen die Wissenschaftler um Dirk Sollte darauf hin, dass von 1970 bis 2005 das Finanzvermögen gegenüber der Wertschöpfung einen überproportionalen Anstieg aufwies. So wuchs das Gesamtvolumen

der Verschuldung auf dem Weltfinanzmarkt um das Dreißigfache, das Geldvolumen aus Aktien gar um das Vierzigfache, wohingegen das weltweite Bruttoinlandsprodukt lediglich um das Dreizehnfache stieg. Aus diesen disproportionalen Steigerungsraten resultiert, dass sich der Anteil des Einkommens aus Finanzvermögen mehr als verdoppelte. Das bedeutet eine gewaltige Steigerung des Einkommens aus Sachvermögen – logisch, dass der Anteil aus der Erwerbsarbeit dabei stetig sank. Wo soll das hinführen, wenn weltweit das Einkommen aus Finanzblasen schneller steigt als aus realwirtschaftlicher Arbeit?

Das Bankensystem ist krank

Die Ursachen der weltweiten Verschuldung und des proportional dazu wachsenden Geldreichtums sind eng mit der Entwicklung der Haushaltsdefizite und Militärausgaben in den USA verweben, was sich an den Ausgaben für die Kriege in Vietnam, Afghanistan und dem Irak zeigt. Ist es nicht mehr als schizophren, dass durch die Wertevernichtung in Kriegen die Kapitalkonzentration zunimmt und der Reichtum der Vermögenden anwächst? Den Gewinnern der Geld- und Kapitalwirtschaft stehen auf der anderen Seite die Verlierer gegenüber.

Ein Gesellschaftssystem, das derartige Phänomene akzeptiert und fördert,

kann in einer globalen Welt langfristig nicht aufrechterhalten werden. Insofern haben wir es nicht allein mit einer Finanz-, sondern mit einer Systemkrise zu tun. Die Finanzkrise hält nun der globalisierten Welt den Spiegel vor: Unsere Gesellschaft ist ebenso krank wie ihr Bankensystem. Es gibt viele Ansätze, sie wieder gesunden zu lassen. Dazu jedoch müssen wir neue Wege beschreiten.

Geld als Selbstzweck

Was im Kalten Krieg unter dem Mantel von Ideologien verborgen lag, tritt heute klar zutage: Die Verselbstständigung des Geldes. Es ist nicht mehr Mittel zum Zweck, sondern – wie bereits Marx erkannt hatte – Selbstzweck geworden. Geld hat keine Heimat und kennt keine Grenzen. Die Finanz- und die Realwirtschaft sind seit Abschaffung der Goldparität des US-Dollars im Jahr 1970 und der Aufgabe der Abhängigkeit der Währungen untereinander Mitte der siebziger Jahre nicht mehr direkt miteinander verbunden.

Einst entstand aus der gesellschaftlichen Arbeitsteilung das Geld als Vermittler von Werten. Heute gilt das aufgrund der Trennung von Finanz- und Realwirtschaft nur noch bedingt. Das heißt, die Banken verdienen durch alternative Finanzgeschäfte – wie Derivate, Swaps, Verbriefungen, Zertifikate und andere – mittlerweile mehr als

über die von der Gesellschaft geleistete Wertschöpfung. Das betrifft auch die unkontrollierte Zunahme der Schattenbankwirtschaft durch Hedge-Fonds, Privat-Equity-Geschäfte und Devisenspekulationen.

Reichtum und Wohlstand in den Industrieländern gehen nicht länger auf Arbeit und realwirtschaftliche Leistungen zurück, sondern beruhen zum Großteil auf Spekulationen. Es ist nicht die Gier der Investmentbanker allein, sondern unser aller Gier, die dazu beigetragen hat, was wir heute in der größten Krise seit Jahrzehnten erleben. Der Mensch ist trotz aller Glaubensbekenntnisse sämtlicher Religionen so beschaffen, aus Geld mehr Geld machen zu wollen. Diese Entwicklung ist zügellos, solange keine weltweit geltenden einheitlichen Grenzen und Regelungen bestehen. So können wir heute einen Witz aus DDR-Zeiten wiederbeleben: „So wie wir heute leben, haben wir noch nie gearbeitet“.

Macht ist kein Heilsbringer

So wichtig der Markt ist, so ist er doch kein Heilsbringer. Geld und Kapital bedürfen einer – möglichst global verbindlichen – Regulierung. Dass ein zügelloser Markt nicht funktioniert, zeigen die Ergebnisse der deutschen Einheit und der Weltwirtschaftskrise. Schaffen wir die Bedingungen für ein neues Weltfinanzsystem, das an die

Realwirtschaft gekoppelt ist, Finanzprodukte besser absichert und Spekulationen sowie Steuerumgehungen konsequent unterbinden, beschreiben wir damit bereits den Dritten Weg.

Heute müssen wir feststellen, dass die Einschätzung unserer Vorfahren, Geld verderbe den Charakter, unverändert zutrifft. Wir benötigen jedoch das Geld als Stimulanz. Nur an die Moral zu appellieren, bringt nicht viel. Wir brauchen entsprechende Rahmenbedingungen. Die Menschen haben einen Anspruch darauf, dass ihre Probleme gehört und ernst genommen werden.

Dritter Weg in die Einheit

Bei der Wiedervereinigung sind viele Fehler begangen worden. Ich erinnere zum Beispiel an die De-Industrialisierung Ost, hohe Kreditschulden in der Wohnungswirtschaft bei ständiger Abwanderung, überdimensionierte Roh- und Abwasseranlagen. Wenn der Staat zur Bekämpfung der Finanzkrise mit Milliarden zur Verfügung steht,

über die man teilweise eine andere Position beziehen kann, zum Beispiel bei Landesbanken, IKB und teilweise auch bei der Commerzbank aufgrund der Übernahme der Dresdner Bank, dann muss es auch möglich sein, die wirtschaftliche Wiedervereinigung auf den Prüfstand zu stellen.

Wenn wir das angehen, können wir auch von einem *Dritten Weg* in der deutschen Einheit sprechen. Der Staatssozialismus ging nicht zuletzt wegen des Allmachtsanspruchs einer Partei zugrunde. Der Neoliberalismus mit seinem Glauben an den Markt hat ebenso versagt. Die soziale Marktwirtschaft ist aufgrund der neuen Strukturen der Gesellschaft in Arbeit und Demografie langfristig nicht mehr zu finanzieren. Wir stehen also vor grundlegenden neuen Herausforderungen. Die Finanz- und Systemkrise wird keine Gewinner hervorbringen. Aber viele wachrütteln. Darin besteht vielleicht ihre eigentliche Chance: Wir müssen den Willen aufbringen, etwas zu verändern. ■

EDGAR MOST

war letzter Vizepräsident der Staatsbank der DDR, nach der Wende Mitglied der Geschäftsleitung der Deutschen Bank in Berlin sowie Vorstandsvorsitzender des ostdeutschen Bankenverbandes.

impressum

HERAUSGEBER

- SPD-Landesverband Brandenburg
- Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie
in Berlin, Brandenburg und
Mecklenburg-Vorpommern e.V.

REDAKTION

Klaus Ness (V.i.S.d.P.),
Thomas Kralinski (Chefredakteur),
Ingo Decker, Dr. Tobias Dürr, Klaus Faber,
Tina Fischer, Klara Geywitz, Lars Krumrey,
Christian Maaß, Till Meyer,
Dr. Manja Orlowski, John Siegel

ANSCHRIFT

Alleestraße 9
14469 Potsdam
Telefon 0331 / 730 980 00
Telefax 0331 / 730 980 60

E-MAIL

perspektive-21@spd.de

INTERNET

<http://www.perspektive21.de>

HERSTELLUNG

Layout, Satz: statement Werbeagentur
Kantstr. 117A, 10627 Berlin
Druck: Lewerenz GmbH, Klieken/Buro

BEZUG

Bestellen Sie Ihr kostenloses Abonnement
direkt beim Herausgeber.
Senden Sie uns eine E-Mail.

Das Debattenmagazin

Wie werden wir im 21. Jahrhundert leben? Die alten Lösungen taugen nicht mehr, die neuen kommen nicht von selbst. Die Berliner Republik ist der Ort für die wichtigen Debatten unserer Zeit: progressiv, neugierig, undogmatisch. Weil jede Zeit ihre eigenen Antworten braucht.



Bezug der bereits erschienenen Hefte möglich

www.b-republik.de

Die Berliner Republik erscheint alle zwei Monate. Sie ist zum Preis von 5,- EUR zzgl. Versandkosten als Einzelheft erhältlich oder im Abonnement zu beziehen:

Jahresabo 30,- EUR; Studentenjahresabo: 25,- EUR

Jetzt Probeheft bestellen: Telefon 030/255 94-130

Telefax 030/255 94-199, E-Mail vertrieb@b-republik.de

Seit 1997 erscheint

„perspektive 21 – Brandenburgische Hefte für Wissenschaft & Politik“.

Wenn Sie Interesse an bisher erschienenen Ausgaben haben, können Sie ältere Exemplare auf unserer Homepage www.perspektive21.de als pdf herunterladen.

Einzelne Exemplare von bisher erschienenen Ausgaben schicken wir Ihnen gerne auch auf Wunsch kostenlos zu. Senden sie uns bitte eine E-Mail an perspektive-21@spd.de.

Zur Zeit sind folgende Titel lieferbar:

- Heft 17 Ende der Nachwendezeit. PDS am Ende?
- Heft 18 Der Osten und die Berliner Republik
- Heft 19 Trampolin oder Hängematte? Die Modernisierung des Sozialstaates.
- Heft 20 Der Letzte macht das Licht aus?
- Heft 21/22 Entscheidung im Osten: Innovation oder Niedriglohn?
- Heft 23 Kinder? Kinder!
- Heft 24 Von Finnland lernen?!
- Heft 25 Erneuerung aus eigener Kraft
- Heft 26 Ohne Moos nix los?
- Heft 27 Was nun Deutschland?
- Heft 28 Die neue SPD
- Heft 29 Zukunft: Wissen.
- Heft 30 Chancen für Regionen
- Heft 31 Investitionen in Köpfe
- Heft 32 Auf dem Weg ins 21. Jahrhundert
- Heft 33 Der Vorsorgende Sozialstaat
- Heft 34 Brandenburg in Bewegung
- Heft 35 10 Jahre Perspektive 21
- Heft 36 Den Rechten keine Chance
- Heft 37 Energie und Klima
- Heft 38 Das rote Preußen
- Heft 39 Osteuropa und wir
- Heft 40 Bildung für alle